

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.80 M. monatlich 60. — M. drei ins Haus, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Danzig, Saar- und Rhein- gebiet, sowie Österreich u. Ungarn 106. — M. für das übrige Ausland 142. — M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Est- land, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Welt und Zeit“, der Unter- haltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Naturgeschichte“ erscheint wöchentlich zweimal, Son- tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Konversations- zeile 18. — M. — Reklamseite 60. — M. „Kleinanzeigen“ das fertige Blatt 4.50 M. (zwei- bis vier- spaltig), jedes weitere Wort 2.50 M. Stellenangebote und Schil- denanzeigen das erste Wort 2. — M., jedes weitere Wort 2.00 M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Ehen- nommen 2. — M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Linden- straße 8, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Morixplatz 15195-97  
Expedition Morixplatz 11753-54

Donnerstag, den 13. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Morixplatz 11753-54

## Deutsches Stundungsgesuch.

### Ein dreijähriges Moratorium beantragt.

Der Vorsitzende der Kriegslastenkommission hat heute der Reparationskommission in Paris folgende Note der Reichsregierung überreicht:

Die deutsche Regierung hat bisher trotz schwerer wirtschaftlicher Bedenken, die sie bereits in der Note vom 28. Januar d. J. dargelegt hat, diejenigen Zahlungen bewirkt, die in den Entscheidungen der Reparationskommission vom 13. Januar und vom 21. März d. J. festgesetzt worden waren. Inzwischen haben sich die Währungsverhältnisse weiter stark zuungunsten Deutschlands verändert.

Im Mai 1921 war für die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen ein Kurs von 60 Papiermark für den Dollar zugrunde zu legen, während der Kurs des Dollars im März 1922 auf 285 und am 7. Juli 1922 auf 500 M. gestiegen ist. Geht man davon aus, daß von den Verpflichtungen nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 nach den damaligen Vereinbarungen ein Betrag von etwa zwei Milliarden Goldmark in Barleistungen gedeckt werden sollte, so hätte dieser Betrag, wenn es bei den damaligen Währungsverhältnissen geblieben wäre, eine innere Deckung von rund 28 Milliarden Papiermark erfordert. Zur Erfüllung der nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 auf 720 Millionen Goldmark ermäßigten Barleistungen wäre nach den Währungsverhältnissen vom März 1922 bereits ein Betrag von 51,4 Milliarden Papiermark erforderlich gewesen, der unter Berücksichtigung der jetzigen Währungsverhältnisse

nunmehr auf 80 Milliarden Papiermark gestiegen

ist. Zu dieser Summe treten die übrigen Devisenverpflichtungen des Reichs aus der Erfüllung des Vertrages von Versailles mit insgesamt jährlich rund 600 Millionen Goldmark, d. h. 66 Milliarden Papiermark.

Würde die deutsche Regierung unter diesen Umständen ausländische Zahlungsmittel für die ihr aus Grund des Vertrages von Versailles auferlegten Verbindlichkeiten weiterhin in einem Umfange beschaffen, der dem bisherigen sich nähert, so würde die gegenwärtige Verminderung des Wertes der deutschen Papiermark rasch und unaufhaltsam fortschreiten und zu einer vollkommenen Zerrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens Deutschlands führen. Die deutsche Regierung sieht sich deshalb außerstande, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die weitere Leistung von Barzahlungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 in Aussicht zu stellen.

Die deutsche Regierung stellt daher im Hinblick auf Artikel 234 des Vertrages von Versailles den Antrag, ihr die nach der genannten Entscheidung während des Kalenderjahres 1922 noch fällig werdenden Barzahlungen zu stunden.

Was den am 15. Juli fälligen Betrag angeht, so vermindert sich dieser um mindestens 17 Millionen Goldmark, welche Deutschland im Hinblick auf frühere Leistungen anzurechnen sind. Den Restbetrag von etwa 33 Millionen hat die deutsche

Regierung zwar zur Verfügung, weil sie in den vergangenen Monaten gewisse Ankäufe von Devisen hat bewirken können und weil im Monat Juli nach dem Stand der Abrechnung eine Zahlung für das Ausgleichsverfahren nicht zu bewirken ist. Der genannte Betrag würde der deutschen Regierung aber fehlen und sie müßte ihn sich zu den heutigen Kursen erneut beschaffen, sobald sie die in den nächsten Monaten eintreffenden ausländischen Getreidemengen zu bezahlen hat. Die deutsche Regierung muß auf diese Lage um so mehr hinweisen, als sie in den letzten Wochen zusammen mit der Reichsbank bedeutende Mittel verwendet hat, um den Sturz der Mark aufzuhalten. Unter diesen Umständen empfiehl die deutsche Regierung, ihr den erwähnten Betrag zu belassen.

Bei dem ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage wird es für die deutsche Regierung nur dann möglich sein, das Gleichgewicht in den sozialen Verhältnissen und in den Finanzen Deutschlands herzustellen, wenn sie die Unterstützung der Reparationskommission findet. Die deutsche Regierung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß zur Wiederherstellung des Markkurses alsbaldige Maßnahmen erforderlich sind, die über das Jahr 1922 hinausreichen und

sie hält es daher für unerlässlich, daß Deutschland auch für die Jahre 1923 und 1924 von Barzahlungen aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 befreit wird.

Die von der Deutschen Regierung erbetene Entscheidung wird nur dann ihren Zweck erreichen, wenn darin auch die außerhalb der eigentlichen Reparationsverpflichtungen liegenden Lasten aus dem Vertrage von Versailles, soweit sie in fremden Zahlungsmitteln fällig werden, angemessene Berücksichtigung finden. Hierzu gehören insbesondere die Verpflichtungen der Deutschen Regierung, die ihr durch die Ausführung zu Teil 10 des Abschnittes 4 des Vertrages von Versailles erwachsen. Auch für die Durchführung der Vereinbarungen, die am 10. Juli 1921 hinsichtlich der deutschen Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren getroffen worden sind, gelten die gleichen Gründe, die es der Deutschen Regierung unmöglich machen, die aus der Entscheidung vom 21. März 1922 sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen auszuführen. Die deutsche Regierung wird sich deshalb wegen einer anderweitigen Regelung dieser Ausgleichszahlungen an die beteiligten Regierungen wenden. Sie wird der Reparationskommission alsbald diesen Antrag mitteilen und sie bitten, auch ihrerseits den Antrag bei den betreffenden Regierungen zu unterstützen.

Die Entwicklung des Markkurses in der letzten Zeit, die mit der Vertagung der Verhandlungen des Anleihekomitees begonnen hat, macht eine alsbaldige vorläufige Regelung der Barzahlungen notwendig, da die Unterstützung durch eine äußere Anleihe nicht eingetreten ist. Die deutsche Regierung bittet daher, über ihren Stundungsantrag mit größter Beschleunigung Entscheidung zu treffen, und sie hofft, daß eine solche Entscheidung der Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen förderlich sein wird.

## Abbruch der Haager Konferenz.

Die Haager Konferenz ist einer Reuter-Nachricht zufolge auseinandergegangen, ohne ihren Aufgabentkreis zu erledigen. Die englische amtliche Meldung macht Rußland für das Scheitern der Konferenz verantwortlich. Das dürfte nicht ohne weiteres richtig sein, wenn es auch auf russischer Seite nicht an Halsstarrigkeit gefehlt hat. Nach den Ergebnissen der Genuefer Konferenz mußte es von vornherein als zweifelhaft erscheinen, ob eine Sachverständigenzusammenkunft in der russischen Frage zu einem anderen Resultat gelangen konnte, als die Beratungen der ersten Politiker der Teilnehmerstaaten, denen ja derselbe Sachverständigenapparat zur Verfügung stand. Das Thema mußte im Haag notwendig dasjelbe bleiben, und es war nicht recht ersichtlich, inwiefern man die Methoden ändern sollte. Hinter Genua stand russischerseits immerhin noch der leidende Geist Lenins, von dem man wußte, daß er wirtschaftlichen und staatsmännischen Erwägungen im hohen Grade zugänglich ist. Im Haag fehlte seine Persönlichkeit, die die Gesichte Rußlands fest in der Hand behielt. Rußland befindet sich in einer innerpolitischen Krise, deren Tragweite sich von hier aus nicht übersehen läßt. Zwar haben innerhalb des Lenin stellvertretenden Triumpvirats die Köpfe nach außen hin das Übergewicht, die wie er im Interesse eines russischen Wiederaufbaues das Zusammengehen mit dem westeuropäischen Kapital fordern, aber es fehlt ihnen die zusammenschließende und allesbeherrschende Kraft Lenins. Der von Tschitscherin abgeschlossene Vertrag mit Italien konnte von diesem Gremium den bestätigenden Instanzen gegenüber nicht mehr durchgedrückt werden. Tschitscherin, seit Errichtung der Sowjetrepublik verantwortlicher Leiter der russischen Außenpolitik, scheint, wenigstens vorläufig, seiner maßgebenden Stellung beraubt zu sein. In den Haag schied man Litwinoff, eine linksgerichtete Persönlichkeit, die oft im Widerspruch zu Tschitscherin stand, als Hauptverhandlungsträger. Als man im Haag in die Verhandlungen eintrat, hatte sich also in Rußland ein gewisses Abgleiten nach links vollzogen; die Aussichten auf ein Gelingen der Konferenz waren von vornherein wesentlich ungünstiger als in Genua.

Zur Beratung standen die Fragen der Konzessionen, des ehemaligen Privateigentums und der Kredite. Hinsichtlich der Konzessionen wünschte England ein ins einzelne gehendes, rechtlich verarbeitetes Programm. Frankreich und Belgien machten den Erfolg der Konferenz von der prinzipiellen Anerkennung des ehemaligen Privateigentums abhängig. Rußland weigerte sich über diese beiden Fragen in eine Diskussion einzutreten, bevor nicht in der Kreditfrage von den anderen Konferenzteilnehmern bestimmte Zusicherungen gemacht worden seien. Für die drei Fragen wurde je eine Unterkommission gewählt, in der die Russen und die übrigen Teilnehmer paritätisch vertreten waren. Da jede der drei Gruppen vor Beginn der Hauptverhandlungen auf der speziellen Erfüllung ihres Sonderwunsches bestand, wich man in den Unterkommissionen jeder präzisen Fragestellung aus. Es wäre falsch, diesen Vorwurf gegen Rußland allein zu erheben. Als man einsah, daß auf diesem Wege ein Fortschritt unmöglich sei, schlug Frankreich vor, den Fortgang der Konferenz von der Bedingung abhängig zu machen, daß sich die Russen verpflichteten, auf alle Fragen Rede und Antwort zu stehen. Dieser Vorschlag durchbrach das Prinzip der Gleichberechtigung der Konferenzteilnehmer. Inzwischen hatte sich die Situation dahin kristallisiert, daß die Russen sich nicht dazu verstehen konnten, die Konzessionsfrage in ein gefehltes untermauertes System zu bringen. Nach ihrem Willen sollte jede Konzessionserteilung ein Akt für sich sein, der gesondert zu behandeln ist, ohne generelle Folgerungen nach sich zu ziehen. Es stellte sich weiter heraus, daß die Russen eine volle Anerkennung des früheren Privateigentums ablehnten; auch hier sollte von Fall zu Fall entschieden werden. Schon danach waren die Aussichten auf ein generelles Einvernehmen zwischen Sowjetrußland und dem übrigen Europa nur noch sehr gering. Sie verschlechterten sich weiter, als die von den Russen vorgelegte Konzessionsliste ergab, daß die Russen nur 3 Prozent des ehemaligen Privateigentums zurückzuerstatten willens sind, während Frankreich 10 Prozent gefordert hatte. Ein Zusammenstoß zwischen dem Vertreter Englands und Litwinoff in derselben Frage gab den Rest. Beide Teilnehmer erklärten eine Fortsetzung der Konferenz für zwecklos, die übrigen Vertreter traten sich dem an, während Krassin, der gemäßigte Vertreter Rußlands, schwieg. Die Konferenz war beendet.

Es ist nicht anzunehmen, daß England seine Delegierten mit übertriebenem Optimismus in den Haag geschickt hat. Für Lloyd George war Haag kaum mehr als eine Brücke, die ihm einen annehmbaren Rückzug aus Genua gestaltete. Von der gegen Lloyd George gerichteten Krisenstimmung, die England vor der Konferenz von Genua beherrschte, ist an der Oberfläche nichts mehr zu merken, obgleich die irische Frage neue tragische Verwicklungen ergeben hat, obgleich die Auswirkungen des Reparationsstreits immer furchtbarer nach Verumnst und opferwilliger Tatkraft schreien. Inmitten dieser Er-

## Unzulänglichkeit der Schutzgesetze.

### Starke Bedenken bei den Arbeiterorganisationen.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes, der Sozialdemokratischen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei traten gestern nachmittag im Reichstage zu einer Beratung zusammen, in der die gesamte politische Lage einer eingehenden Aussprache unterzogen wurde.

Angesichts der bisher unzureichenden Ausgestaltung der republikanischen Schutzgesetzgebung wurden starke Bedenken geltend gemacht, ob die sozialdemokratischen Parteien in den Schlussabstimmungen für die jeweiligen Entwürfe stimmen können. Durch das Scheitern der Vorlage würde aber die Reichstagsauflösung unvermeidlich werden.

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde erklärt, daß ihre Partei niemals daran gedacht habe, ihre Forderung nach Schaffung einer entschiedenen republikanischen Mehrheit durch Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zurückzustellen. Diese Forderung besteht unverändert fort.

Wie wir hören, hat der Reichskanzler Dr. Brüning von der durch diese Besprechung geschaffenen neuen Lage dem zur Kur in Freudenstadt befindlichen Reichspräsidenten Ebert Kenntnis gegeben und ihn gebeten, seine Kur aufs Neue zu unterbrechen und baldmöglichst nach Berlin zurückzukehren.

## Auf der Mörderjagd in der Altmark.

### Nach dem Harz entwichen.

Genßin, den 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Spur der Mörder kann als wiedergefunden bezeichnet werden, und zwar ist es nicht die Genßiner Spur, da die Nachforschungen des hiesigen Landrats Dr. Henricher und der natürlich sofort entsandten Beamten der Abteilung Ia am späten Abend für als gänzlich wertlos herausstellten. Alle Wahrnehmungen des Dr. Liebed und seiner Frau stimmten ganz genau, nur betrafen sie zwei andere als die Gesuchten. Die betreffenden Verdächtigen stellten sich als harmlose Verleumdungskommissare heraus, die heute abend gefunden und vernommen wurden, wodurch das Mißverständnis vollkommen ausgeräumt und eine weitere Verfestigung der verfolgten Akte vermieden werden konnte. Am so wichtiger sind die in der Verfolgung der Deliktspur gemachten Feststellungen. Die am Dienstag nachmittag eingetroffenen Schupo-Radfahrer wurden mit ortskundigen Landjägern sichtlich Dehlschilde angeheft, verteilten den am Dienstag im „Vorwärts“ abgedruckten Aufruf unter der dortigen Bevölkerung und konnten bereits um die Mittagsstunden beachtenswerte Meldungen dortiger Bewohner nach Gardelegen geben. Die dortigen entsandten Beamten der Abteilung Ia gingen dieser Spur nach und stellten fest, daß die beiden Radfahrer in Schöningen, südlich von Helmstedt, übernachtet hatten und am Mittwoch vormittag weitergefahren waren. Da auch ihre Handschrift, die im Schöninger Gasthansbuch eingetragen ist, mit jener übereinstimmt, die zuletzt in Lenzen an der Elbe als die der beiden Mörder einwandfrei festgestellt wurde, dürfte wohl der Schluss daraus gezogen werden, daß es sich jetzt um die richtige Spur handelt. Nun sind die beiden auffallenderweise nach Radwanderung mit der Bahn über Duedlinburg in Richtung nach Thale gesehen, sind jedoch, wie inwischen festgestellt wurde, kurz vor Thale ausgefahren. Man ist ihnen in dieser Gegend nicht auf den Fersen. Der Endkampf zwischen den Verfolgern und den Mördern scheint sich also im Harz abspielen zu lassen.

Scheinungen ist die russische Frage stark in den Hintergrund gedrängt worden und Lloyd George, dessen erfahrene und kaktisch hervorragende Persönlichkeit unentbehrlicher erscheint denn je, braucht die Wendung im Haag nicht zu fürchten.

Auch Rußland hat mit einem Fehlschlag der Haager Konferenz gerechnet. Rußland stand einem Sammelabkommen mit dem westeuropäischen Kapital schon zu Zeiten Lenins wenig wohlwollend gegenüber. Was an der Konferenz von Genuev laette, war vor allem die Aussicht auf eine de jure-Anerkennung der Sowjetrepublik und die Gewährung von Staatskrediten. Nachdem man sich in diesen beiden Punkten Absagen geholt hatte, bestand für Sowjetrußland kein Lebensinteresse mehr daran, zu einem gemeinsamen Abkommen zu gelangen. Den Weg, den Rußland jetzt gehen wird, ist der der Einzelabkommen nach dem Vorbild des Vertrages von Rapallo und des Uebereinkommens mit der Tschechoslowakei. England hat bereits in den Genuever Krisentagen angedeutet, daß es, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, auch zu Sonderverhandlungen mit Rußland bereit sein werde. Allerdings ist schwer zu übersehen, wie sich die Verhandlungen nach dem vorläufigen Ausscheiden Lenins gestalten sollen. Rußland fehlt es, wie gesagt, heute an der zentralen Leistung, der das Vermögen inne liegt, über Parteigesichtspunkte hinaus die großen, fast unüberwindlich schweren Aufgaben des zusammengebrochenen Sowjetstaates zu meistern. Von einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann auch heute noch in Rußland keine Rede sein. Alle Nachrichten, die aus diesem verwüsteten und vollständig ausgezogenen Lande kommen, stimmen darin überein, daß es weiter bergab geht. Ein tatkräftiges und umfassendes Eingreifen auherussischer Wirtschaftskräfte ist dringender denn je. Aber Voraussetzung hierfür ist eine Regierung, die Verständnis für die Pänge des Kapitals hat, wie es nun einmal ist. Lenin war im Begriff, sich das Vertrauen Europas zu gewinnen. Sein Abgang läßt wieder alles in der Schwebe. Hier zeigt sich die Gefahr einer Diktatur, die im wesentlichen auf die Lastkraft einer Persönlichkeit gestellt ist und der ein verantwortlicher, aus dem Volksganzen entspringender Nachwuchs fehlt. Darüber kann auch der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre nicht hinweghelfen, der nichts weiter ist, als der Versuch einer Selbsttäuschung über die wahren Notwendigkeiten Sowjetrußlands.

Der russische Botschafter für Auswärtiges Tschitscherin ist von seiner Erholungsreise nach Berlin zurückgekehrt und im Reichstagsgebäude, unter den Linden, abgestiegen.

### Die internationale Konferenz.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die Exekutivkomitees der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft zum 18. Juli nach Amsterdam zu einer gemeinsamen Konferenz der drei Internationalen geladen. Sowohl die Londoner wie die Wiener Internationale haben die Einladung angenommen, doch ist von den deutschen Sozialdemokraten und Unabhängigen angesichts der schwierigen innerpolitischen Lage die Verlegung der Konferenz auf den 20. Juli beantragt.

### Der Ruf nach Neuwahlen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Frankfurt hat dem Reichstagsabgeordneten Kailer in Berlin folgende telegraphische Resolution weitergegeben:

„Groß-Frankfurter Sozialdemokratie hält Fraktionsbeschlüsse ungenügend, weil energisches Bestehen auf Linkserweiterung der Regierung fehlt. Dadurch kraftvoller Schutz der Republik und Hoffnung auf Einigkeit mit den Unabhängigen ausfallt. Fortbestehen aller Koalition unmöglich, Reichstagsauflösung notwendig.“

Auch die starkbesuchte Versammlung der Magdeburger Parteifunktionäre hat einen Beschluß gefaßt, der die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen fordert.

### Der Hahn.

Roman eines Bürgers von Paul Guimann.

Ich habe ein Stückschen gezogen, als ich die Wohnung in diesem hübschen Vorort erwarb. Hier sehe ich nun fern von dem Lärm und Wirrwort der großen Stadt, sehe freundliche Gärten, vom Wind zärtlich bewegte grüne Zweige, stille zufriedene Menschen und hänge meinen friedlichen Gedanken nach. Mügen die anderen sich um Politik und all das lächerliche, vergänglichste Zeug den Kopf oder die Knochen zerschlagen, ich kümmere mich nicht darum, sondern gebe endlich davon, mein Dasein, ungefürt von lästiger Umgebung, mit Bewußtsein, wahrhaft inbrünstig, zu genießen.

Es gibt Dinge, die ich nicht vertrage. Soetwa konnte Hundebelld nicht hören. Schopenhauer haßte Peitschengeläch und ich werde niemals, wenn ich einen Hahn krähen höre. Große Männer haben ihre Besonderheiten. Seit drei, vier Tagen werde ich schon um vier Uhr morgens oder früher durch ein marktschreierndes Krähen aus dem Schlaf geweckt. Gebe Gott, daß es sich nicht wiederholt.

In dieser Zeit sozialer Anarchie darf man sich über den Egoismus einzelner Mitbürger nicht wundern. Aber es gibt Dinge, die selbst einen ruhigen Menschen zur Wut bringen. Ist es schon ein Zeichen von Lässigkeit und Rohheit, seinen Reichtum profligatorisch zur Schau zu stellen oder vor den Augen Unbemittelter fröhlich zu tanzen, so ist es eine Frechheit, mittels des Besitzes die Ruhe seiner Mitmenschen zu stören. Der krähennde Hahn ist eine Herausforderung, die mir tödlich meine soziale Unterlegenheit zum Bewußtsein bringt. Ich habe seit vierzehn Tagen kein Fleisch gegessen, was Geflügel ist, weiß ich kaum mehr, und nun verkündet mir das Krähen vom Balkon meines Nachbarn täglich, daß er einen Hahn besitzt und daß er diesen Hahn demnächst zu verpeisen gedenkt. Warum solltet er meine Nerven? Krähe er doch endlich seinen gewucherten Hahn in seinen Stierstall hinunterstopfen.

Ich hoffte vor der Gegenwart mich künftigen zu hüten, aber es ist unmöglich. Die soziale Frage läßt mir keine Ruhe. Ich beschäufliche mich mit Nationalökonomie, lese Fourier, Proudhon, Karl Marx. Der verkümmerte Hahn, der jetzt schon um 3 Uhr in meine Ohren klopft, bringt mich auf die Frage, was ist Kapital? Daß es so nicht weitergeht, ist mir klar. Es ist unmöglich, daß der einzelne die Macht haben darf, die Rechte seiner Mitmenschen mit Füßen zu treten.

Ich glaube, mein Nachbar läßt der Krähe seines Hahns mit der Luftpumpe nach. Solch Gedächtnis hat es seit Erschaffung der Welt nicht gegeben. Zuerst heißt er mit ein paar lieblichen Tönen an, wie wenn Wagenräder gedreht werden, dann kommt der Krächer einer Lokomotive, der schließlich in das Heulen einer Schiffsirene übergeht. Die Regierung ist zu schwach. Ich fahre jetzt öfters in die Stadt und besuche die Versammlungen der Radikalen. Die soziale Ungleichheit muß durch eine völlige Ummwälzung beseitigt werden.

### Die Einheitsfront der Frauen.

Gegen den Brotwucher!

Die Liste über die namentliche Abstimmung im Reichstage bei der Getreidemenge zeigt das sehr lehrreiche Ergebnis, daß von einer einzigen Ausnahme abgesehen, sämtliche Frauen des Reichstages gegen die Brotverteuerung gestimmt haben. Nicht eine einzige Frau des Zentrums stimmte für den Brotwucher. Auch das einzige weibliche Mitglied der Bayerischen Volkspartei stimmte gegen seine Fraktion. Die deutschnationalen Abgeordnete Frau Behm, eine bekannte Führerin der Heimarbeiterinnen und andere ihrer Kolleginnen der Rechtsparteien blieben der Sitzung fern. Die einzige weibliche Abgeordnete, die den traurigen Mut fand, für den Brotwucher einzutreten, ist die deutschnationalen Abgeordnete Frau Hoffmann (Vordam), die sich schon wiederholt im Reichstage durch das Gegenteil von Intelligenz bemerkbar machte. Sie ist die Nachfolgerin von Eleonore Delbrück.

### Schnelle Sühne.

Am letzten Abendblatt gaben wir eine Mitteilung der „Republikanischen Presse“ über ungehörige Bemerkungen eines Polizeiunterwachtmeisters anlässlich des Todes an Rathenau wieder und gleichzeitig die Ablehnung der Weitergabe einer Beschwärde durch den Dienstvorgesetzten dieses Unterwachtmeisters.

Nach Kenntnisnahme der Mitteilungen des „Vorwärts“ hat der Minister des Innern, Severing, die sofortige Suspension des Unterwachtmeisters sowie des vorgeleiteten Offiziers verfügt und Berichterstattung innerhalb 24 Stunden angeordnet. Es ist zu wünschen, daß in jedem ähnlichen Falle mit der gleichen Schnelligkeit und Entschiedenheit eingegriffen wird, um endlich in der Bevölkerung das Vertrauen wiederherzustellen, daß der Schutz der Republik nicht nur auf dem Papiere stehenbleibe.

### Nationalistischer Terror in Oberschlesien.

In Berlin halten sich augenblicklich eine Anzahl oberschlesischer Abgeordneter und Sachverständiger auf, die der Demovollzug die zunächst ungläublich erscheinenden Meldungen über mörderische Terrorakte oberschlesischer Selbstschutzangehöriger bestätigen. Danach spielen sich in der Tat zurzeit in Oberschlesien Dinge ab, die man nicht anders als eine Kulturschande bezeichnen kann und die Staatsregierung zu sofortigem schärfstem Eingreifen veranlassen dürften.

Aus den Mitteilungen der oberschlesischen Herren geht insbesondere hervor, daß im deutschen Oberschlesien, so namentlich in Oppeln, aber auch in Gleiwitz und an anderen Orten Frauen, die irgendwelcher Beziehungen zu den interalliierten Truppen verdächtigt werden, Audieren und Schändlichkeiten ausgeübt werden, die an amerikanische Wildwest-Zustände erinnern. So sind auf dem Marktplatz in Oppeln mehrere Frauen und Mädchen nackt ausgezogen, schlaggehornt, mit Drahtpeitschen blutig geschlagen und dann von den Banditen hoch in die Luft geworfen worden. Auch Kinder haben sich an diesen Quälereien beteiligt. Dabei hat man sich in allen Fällen an Frauen einfacher Stände vergriffen, die mit interalliierten Soldaten Beziehungen gehabt haben sollen. Frauen, die zu Ententeoffizieren Beziehungen unterhalten, haben sich schon meist vorher in Sicherheit gebracht.

Es ist auch darauf hinzuweisen, daß diese skandalösen Zustände bereits in der ausländischen Presse ein sehr bedenkliches Echo gefunden haben. So veröffentlichten die Londoner „Times“ vor etwa zwei Tagen einen ausführlichen Bericht über Oppelner Korrespondenten, in dem Aussagen und eigene Bemerkungen des Dr. Stöben, eines Beamten der Interalliierten Kommission, und des polnischen Generalkonsuls Kanski wiedergegeben wurden, die übereinstimmend behaupten, daß sie mit eigenen Augen die oben geschilderten Quälereien von Frauen mit angesehen hätten. Selbst die ungeheuerliche Tatfache wird bekämpft, daß eine dieser Mädchen gezwungen wurde, in eine Kanalisationsröhre zu kriechen, wo es erstickte.

Meine Nerven sind total zerrüttet. Ich schlafe keine Nacht, aus Todesangst, plötzlich durch ein Trompetengeschmetter aus der Ruhe errißen zu werden. Während ich so halbwach daliege und mir die Fiebertemperaturen in meinem überreizten Gehirn einander folgen, tauchen Nordgedanken aus den Tiefen meines Unterbewußtseins hervor. Ich sehe rasende Volkstugenden die Paläste der Reichen stürmen, Weiber mit aufgeschlitzten Hören und offenen Brüsten die Zurückweichenden anfeuern, sehe Kinder Handgranaten herbeischleppen, und plötzlich, mitten im Wutgeschrei und der Hölerei der Menge, breche ich mir Bahn, stelle mich an die Spitze des Haufens, stürme einen Balkon, werde einen Hahn aus seinem Käfig und schlendere das kreischende, sich sträubende Tier mit einem Triumphgeschrei unter das tosende Volk, das ihn in Stücke reiht.

Ich kenne mich selbst nicht mehr. Bin ich es noch, der friedliebende Bürger von vor vier Wochen? Morgen vollbringe ich die Tat. Nur die Gewalt kann mich retten.

Das Leben ist mühsamer von einer phantastischen Wunderlichkeit. Was ist Herr keiner Handlungen? Wer darf sagen, er folge unüberdächtig seiner Ueberzeugung? Als ich gestern abend in der Dunkelheit an das Haus meines Nachbarn schlich, um mit einem lähnen Schwung den Balkon zu erreichen und dem Hahn den Kopf abzubrechen, fühlte ich plötzlich eine Hand auf meiner Schulter. Ich glaube ertrappt zu sein und will die Flucht ergreifen, aber da sehe ich, es ist mein alter Freund Friedrich Bernke, den ich, weiß Gott, hier nicht vermutet hatte.

„Was machst Du hier?“ frage ich, als ich aus meiner Bestürzung erwacht bin.

„Ich wohne hier,“ gibt er zur Antwort. „Welch ständlicher Zustand, daß ich Dich treffe. Ich war einen Monat verreist, und als ich zurückkam, überläßt mich meine Frau mit einem Hahn, den sie inzwischen gemästet hat. Wir verpeisen ihn heute abend. Du mußt unser Gast sein. Wir trinken dann einen guten Tropfen und stoßen an auf das Wohl... Du bist doch hoffentlich nicht Republikaner, mein Lieber?“

In meiner Brust wirbelte ein Orkan von Empfindungen. Ich fühlte mich vom meinem Lobseid befreit, hörte in meiner Phantasie sein lechtes, marktschreierndes Krähen, verlor die süßen Bratenduft, und befrüchtiger Modebuckel, das Gefühl der Befreiung, die taumelnde Wallust des Siegers stürmten auf mich ein, zusammen mit der Sehnsucht nach einer genußreichen, friedlichen Zukunft.

„Ich bin nicht Republikaner,“ hauchte ich mit tonloser Stimme. (Aus der von Invern erschienenen Sammlung „Nur aus dem Leben“, Verlag E. Kades, Berlin W. 15.)

Ein „gesellschaftsfähiger“ Bauderec. Herr Heinrich Rippeler, der sein Herz für die Einheitsfront aller Deutschen erst kürzlich entdeckt hat und der zur Beförderung dafür von der „Nationalistischen“ Deutschen Volkspartei zum Schriftleiter ihres offiziellen Organes gemacht worden ist, glaubt der Staatserhaltung offenbar dadurch zu dienen, daß er die deutsche Republik und ihre Träger seinen Lesern nach Kräften verleiht. Selbst der Unterhaltungsstil seiner Zeitung wird für diesen Zweck benützt. Da plaudert z. B. Herr Kurt Aram (alias Fischer, ein früherer Geisteslicher) über „Kleine Reiseerlebnisse“.

### Um den Schutz der Republik.

Im Reichstag wurde gestern die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutze der Republik mit der Abstimmung über den Paragraphen 1 fortgesetzt. Unter Ablehnung je eines Änderungsantrages der Kommunisten und der Deutschen Volkspartei wird der § 1 mit großer Mehrheit gegen wenige Stimmen der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei angenommen. In der Abstimmung über § 1a werden alle Änderungsanträge abgelehnt und der Paragraph in der Ausschussfassung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und eines Teils der Deutschen Volkspartei angenommen. Ebenso werden die §§ 1b und 1c in der Ausschussfassung angenommen.

Bei § 1d, der die Anzeigepflicht festsetzt, beantragt die Deutsche Volkspartei nach Ablehnung eines Antrages von der Anzeigepflicht neben den Geistlichen auch die Presse, Rechtsanwältinnen und Verteidiger auszunehmen, die Geschwister von der Anzeigepflicht zu entbinden. Dieser letzte Antrag wird im Stammesprung mit 200 gegen 188 Stimmen der beiden Rechtsparteien, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und eines Teils des Zentrums abgelehnt. Gegen die Rechtsparteien wird der § 1d in der Ausschussfassung angenommen. Es bleiben also von der Anzeigepflicht nur die Geistlichen ausgenommen.

Zum § 2 liegen eine Reihe sozialistischer Änderungsanträge vor. U. a. ein gemeinsamer Antrag der Unabhängigen und Sozialdemokraten, den

Abg. Wiffel (Soz.) begründet und der fordert, daß dem § 2 eine neue Ziffer eingefügt wird, wonach bestraft wird, wer auf Errichtung der Monarchie im Reich oder den Ländern gerichtete Bestrebungen öffentlich in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu fördern unternimmt oder die früheren Reichsfarben in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zur Schau trägt oder stellt.

Die sozialistischen Anträge werden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dagegen finden einige von den bürgerlichen Parteien beantragte Änderungen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien Annahme. Mit diesen Änderungen wird der § 2 im Stammesprung mit 202 gegen 147 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen geschlossen die Kommunisten, die Unabhängigen und die Deutschnationalen, außerdem einige Volksparteiler und Mitglieder der Bayerischen Volkspartei.

Ohne Änderung werden noch den Ausschussbeschlüssen angenommen die §§ 2a, 3, 4 und 5a.

Abg. Hamm (Dem.) tritt für einen Antrag, der dem Reichsgericht die Aburteilung der im Gelehe zum Schutze der Republik vorgesehenen Delikte überweisen will, ein. In langer Rede wendet sich der Redner gegen den Vorwurf, daß Bayern das Gesetz sabotieren wolle und wird dabei von bayerischen Abgeordneten der Linken wiederholt durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen. Demokratie soll herrschen, aber die Ueberstimmung ist nicht immer der Weisheit letzter Schutz. Auch in Bayern halten 90 Prozent der Bevölkerung die republikanische Staatsform als die allein mögliche.

Republik heißt aber Einordnung und Unterordnung.

(Stärkliches Sehr richtig links.) Die Republik sollte versuchen, durch den Willen zur Verständigung moralische Eroberungen zu machen.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch:

In der Ausschussberatung ist den bayerischen Wünschen bereits so weit entgegengekommen worden, daß ich fast sagen möchte: Wir haben schon so viel für Euch getan, daß uns zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.“ (Zuruf des Abg. Ledebaur: Das ist eine sehr gefährliche Politik!) Ich hoffe, daß es dem Abg. Hamm gelingen wird, die keinen Differenzen auszugleichen, die noch zwischen Bayern und dem Reich bestehen. Der Staatsgerichtshof ist kein Ausnahmegericht, sondern ein Sondergericht und verliert nicht gegen die Verfassung. Der Minister bittet, es bei der Regierungsvorlage zu lassen, die drei Berufsrichter und vier Laien vorsetzt.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.) bedauert die Haltung des Ministers und empfiehlt die Befreiung des Staatsgerichtshofes mit zwei Berufsrichtern und fünf Laien. Zu Richtern dürfen vom Reichspräsidenten nur wirkliche Republikaner und nicht die sogenannten „Wernunftrepublikaner“ aus der Deutschen Volkspartei gewählt werden.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch

erklärt, daß es zuträfe, daß der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Beamten der Berliner Polizei bei der Nachforschung nach den Rathenau-Mördern aus München wieder weggeschickt hat. Das sei

Er erzählt, wie er frühmorgens im Hamburger Bahnhofrestaurant sitzt und an einem Nebentisch einen Berliner Staatssekretär erblickt. „Den die Revolution zu einem allmächtigen Mann in Preußen gemacht hat“. Der Staatssekretär trägt eine Astenmappe, die „im republikanischen Berlin offenbar als vollwertiger Erfolg für allpreußische Kronenorden“ gilt. Dann heißt es weiter: „Der Staatssekretär begrüßt ein Berliner Ehepaar und läßt es an seinen Tisch.“ „Was haben Sie heute vor?“ fragt die Dame, um ein Gespräch in Gang zu bringen. Der Staatssekretär erwidert: „Wenn ich meinen Kaffee getrunken habe, gnädige Frau, habe ich ein dringendes Gespräch mit Berlin, dann lasse ich mich rasieren, dann...“ Der Herr, der schon vor der Revolution ein Herr war, griff halbig ein, denn seine Dame, die schon vor der Revolution eine Dame war, ist bloß geworden. Für sie hat die Vorstellung von einem haarigen, gelbblütigen Staatssekretär unter dem Kaisermeßer, die dieser becausbeschwört, morgens um sechs Uhr offenbar durchaus nichts Bedenkendes, und wer weiß, was sonst noch für einen leeren Wagon unübertragliche Vorstellungen dieser Staatssekretär, der erst nach der Revolution gesellschaftsfähig geworden ist, schon vor dem ersten Frühstück herausbeschwört. Der Herr bringt das Gespräch also schnell auf Dollar und Rentenwertung, worauf sich der haarige Staatssekretär auch sofort mit Eifer und Sachkenntnis stürzt...“

Es ist nur selten amüßant, zuweilen aber lehrreich, einen Blick in den Unterhaltungsteil der reaktionären Presse zu werfen. Die Herrschaften glauben sich hier weniger beobachtet und entüßeln ihres Herzens Sehnsüchte ungenierter als im politischen Teil. Auch den Behörden, denen der Schutz der Republik obliegt, wäre diese Lektüre angelegentlich zu empfehlen.

Die Zukunft Palästinas. Der englische Oberkommissar von Palästina, Sir Herbert Samuel, ist auf der Rückreise nach seinem Amis in Jaffa von einem Redakteur des „Meggiorano“ interviewt worden. Er hat es zwar abgelehnt, vollständige Informationen zu geben, hat sich jedoch im allgemeinen über Palästina und den Zionismus ausgesprochen. Das heilige Land sei ein Gebiet, das eine große Zukunft habe, wenn man seine Reichthümer an Erz und seine Petroleumlager ausbeuten könnte; man müsse daher die Auswanderung dahin lenken, Palästina sei imstande, eine Bevölkerung von 2 Millionen, die sechshundert Jahre der gegenwärtigen, zu ernähren. Sir Herbert Samuel erzählt auch noch, daß er bereits 123 zionistische Schulen eröffnet habe und die Gründung eines höheren Landwirtschaftsinstituts plane.

Kaiser-Friedrich-Museum. Die Vorberathende Abteil. I. u. a. bleibt wegen unzureichender Umfahrungen bis auf weiteres für den allgemeinen Besuch des Publikums geschlossen.

Großes Schauspielhaus. Die Winterpielzeit bricht als erstes der ihr das Abonnement angehängten Stücke „Skaleptares“ der Wälderpenigen Fälschung“ mit Eugen Klöpfer und Schabert Bergner in den Hauptrollen.

Karl Gleibing tritt mit Beginn der Spielzeit als Solodentner in den Verband der Staatsoper.

Ungewöhnliche Beachtung polnischer Kunst durch Frankreich. Der „Kurjer Poznanski“ bespricht sich darüber, daß in der „Encyclopédie de musique“, an der 130 Spezialreferenten gearbeitet haben, nichts von der polnischen Musik Rede. Selbst Chopin wird von Duzal als Vertreter der deutschen Kunst angeführt.

Drohende Milchkatastrophe.

In der letzten Zeit haben in Berlin die Milchwege in einem erschreckenden Maße abgenommen. Während nach Mitte Juni ein Eingang von ca. 500 000 Litern täglich zu verzeichnen war, belaufen sich augenblicklich die Eingänge auf kaum 420 000 Liter täglich. Unter diesen Umständen ist an eine den Anforderungen entsprechende Versorgung der Verbraucher mit Milch nicht mehr zu denken, und es ist zu befürchten, daß sich diese Knappheit in der nächsten Zeit noch fühlbarer bemerkbar machen wird. Die Hauptschuld an dem Abnehmen der Zufuhren soll die augenblickliche Preisbildung tragen, die für die Landwirte angeblich keinen Anreiz für erhöhte Milchlieferungen nach Berlin bietet. Der Milchpreis wird bekanntlich nach der amtlichen Butternotierung errechnet, die alle zwei Wochen vorgenommen wird, aber mit den tatsächlichen Verkaufspreisen der Butter in keiner Weise Schritt hält. Am 1. Juli wurde die feinste Butter amtlich mit 73 M. berechnet, während zum Wiederverkauf tatsächlich keine Butter unter 90-92 M. das Pfund zu erhalten war. Dieser Notierung entsprechend wurde der Milchpreis für die Zeit vom 9. bis 22. Juli auf 6,45 M. frei Berlin festgesetzt. Den Agrariern aber - wann sind Agrarier jemals zufrieden? - ist das nicht genug; sie verbüttern deshalb lieber ihre Milch und schlagen auf diese Weise fast den doppelten Preis heraus. Es kümmert sie, die in ihrer Presse seitherzeit geradezu noch dem freien Handel gebrüllt haben, sehr wenig, wenn die Säuglinge und Kleinkinder der Berliner Beamten, Angestellten und Arbeiter elend zugrunde gehen, weil die Eltern in Zukunft die Milch nicht mehr werden bezahlen können. Der Anreiz zur vermehrten Herstellung von Butter und Käse ist für die Produzenten im Augenblick um so größer, als im besetzten Gebiet bei der gegenwärtigen Marktentwertung auch die höchsten Preise anstandslos gezahlt werden. Auf diese Weise gehen große Mengen von Milchprodukten aus dem Reich aus, während Berlin selbst immer weniger Milch erhält.

Eindruck bei einem Minister Wilhelms. Wieder einmal durch die Dede.

Ein Eindruck, der in der Art seiner Ausführung in der Kriminalgeschichte einzig dasteht, ist in der Nacht zum Mittwoch auf dem Grundstück Bonder-Heydt-Straße 12 verübt worden. Auf diesem hüfelförmig bebauten Grundstück bewohnt der ehemalige Staatsminister von Müller den ganzen vierten Stock. Die Borderräume standen jetzt unbewohnt, weil das Ehepaar verreist ist. Die Dienerschaft wohnt und schläft in den hinteren Räumen. Eindringler verschafften sich Eintritt in das Haus, erschoben eine Bodentür und gingen dann an einer Stelle zum Einbruch vor, die für ihre Zwecke die allerbeste war. In dem Bodentraum über dem Salon fehlten sie ihre Werkzeuge an. Was hier vorging, konnte niemand von der Dienerschaft hören. Die Einbruchsstelle liegt außerdem gerade über einem Sofa, so daß alle abschließenden Deckenteile weich fallen mußten und kein Geräusch verursachten. Zur Vorsicht über hielten die Eindringler auch noch einen aufgespannten Schirm unter, um noch Möglichkeit alles aufzufangen. Die Deckung in der Dede schafften sie sich mit einem Zentralbohrer, den sie zweimal ansetzten. Den Abrieb in den Salon bewirkten sie vermutlich mit einer Strickleiter. Neu ist auch die Art, die Wohnungstüren und die Behälter zu öffnen. Auch hier benutzten die Verbrecher ihren Zentralbohrer, mit dem sie die Schlösser ausbohrten, nicht bloß an der Verbindungstür zum Wohnzimmer, sondern auch am Büffel. Den Rückweg nahmen die Eindringler durch die Bordertür der Wohnung und die Haustür. Um diese öffnen zu können, nahmen sie Schlüssel aus der Wohnung mit. Zur Beute fiel den Verbrechern wunderbares altes Familien Silber im Kolofotil, komplette Bestecke für 30 Personen, silberne Souciere, ebenfalls in Kolofotil, Zuckerdosen, komplettes Kaffeegeschirr und Silber, das die Eindringler von Kristallglas abgeklappt haben. Alpacasilber haben die Verbrecher liegen lassen. Auch einen Teil des übrigen Silbers haben sie zurücklassen müssen, wahrscheinlich weil es ihnen über die lange Arbeit, die viel Zeit in Anspruch genommen hat, zu spät geworden ist. Der Wert der Gesamtbeute beträgt etwa eine halbe Million Mark. Auf die Ermittlung der Täter und auf die Wiederbeschaffung ihrer Beute sind hohe Belohnungen ausgesetzt. Das Bulletin "Deutsche Abendblatt" veröffentlicht diesen Einbruch mit der Ueberschrift "Einbruch bei einem Minister, für 1/2 Million Mark Silber gestohlen" und möchte damit gerne den

Eindruck erwecken, als ob Herr von Müller ein Minister der Republik ist. Das ist aber nicht der Fall. Herr von Müller ist längst a. D. und war ein Getreuer des alten Regimes.

Die verführerische Rentabilitätsberechnung.

Mit den Geschäftspraktiken eines Instituts für moderne Kellame hatten sich das Schöffengericht Berlin-Mitte zu beschäftigen. Angeklagt wegen wiederholten gemeinschaftlichen Betruges waren der Kaufmann Sidor Torbanst und der Kaufmann Wolf Dobrowizki. Die Angeklagten gründeten vor einiger Zeit ein Kellameunternehmen, indem sie mit den Theatern, Kinos und größeren Restaurants Verträge abschlossen, nach welchen es ihnen gestattet wurde, in deren Räume große gläserne Kästen aufzustellen, deren einzelne Fächer an andere Firmen gegen einen monatlichen Mietpreis vermiethet wurden. Durch Ansetzungen suchten sie Untervertreter, welche für einzelne Teile Groß-Berlins und die Provinz für erhebliche Beträge Lizenzen erwarben, nachdem ihnen von den Angeklagten glänzende Rentabilitätsberechnungen vorgelegt worden waren. Eine Reihe dieser Vertreter erstattete Strafanzeige mit der Behauptung, durch falsche Angaben in jener Berechnung betrogen worden zu sein. Vor Gericht behaupteten die Angeklagten, daß die Zeugen jene Rentabilitätsberechnung mit einem Garantieverprechen verwechselt hätten. Von Rechtsanwalt Dr. Puppe wurde unter Beweis gestellt, daß das Kellameunternehmen tatsächlich hohe Gewinne abzuwerfen in der Lage sei, wenn die Zeugen, welche es als Nebenwerb betrachteten, ihre volle Arbeitskraft dafür eingesetzt hätten. Der von dem Verteidiger ge-

Der Wahlfonds der SPD. muß angehts der polnischen Situation gestärkt werden. Freiwillige Beiträge für ihn überweise man auf Postkassenkonto Berlin, Nr. 48743 an Alex. Pagels, Bezirksverband der SPD., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

ladene gerichtliche Sachverständige für Kellamewesen, der Kellameister der Berliner Straßenbahn Polulla, bekundete, daß das Unternehmen der Angeklagten bei richtiger Ausführung sehr wohl hohe Gewinne abzuwerfen in der Lage sei. Das Gericht kam auf Grund der Ausführungen der Verteidigung und des Sachverständigenurteils zu einer Freisprechung der Angeklagten auf Kosten der Staatskasse.

Drei Ehetragödien an einem Tage.

Am Dienstag Abend starb die 30 Jahre alte Frau Clara Preiß aus einem Fenster ihrer im ersten Stockwerk des Hauses Kaiser-Friedrich-Straße 43 in Charlottenburg gelegenen Wohnung 6 Meter tief in den Garten hinab. Mit einer blutenden Kopfwunde und einer Gehirnerschütterung schaffte man die Unglückliche nach dem Krankenhaus Westend. Die Frau war mehrmals bereits von ihrem Manne geschlagen worden und hat die Tat aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen begangen. Am Morgen desselben Tages geriet der 33 Jahre alte Maurer Hubert König in seiner Wohnung in Weihenau, Heinerdorfer Straße 55, mit seiner Frau in einen heftigen Streit. Im Verzweiflungszustand ergriff er ein Messer und stach in blinder Wut auf seine Frau und sein 10-jähriges Töchterchen Hildegard ein. Dann verlor er sich in die Pulsader zu durchschneiden. Alle drei Verlenen wurden im schwersten Zustand nach dem Krankenhaus geschafft. Im Hause Wendelstraße 1 kam es am Nachmittag zu einem heftigen Streit zwischen dem 34-jährigen Bankbeamten Karl Erdmann und dessen Frau. Dabei schob die temperamentvolle Gattin auf ihren Mann und verletzte ihn durch einen Schlag in den Kopf schwer. Während man den Ehemann nach dem Krankenhaus am Heinerdorfer Platz transportierte, brachte man die Täterin nach der Polizeiwache.

Rathenauallee statt Königsallee.

Eine vom Genossen Lademann einberufene Konferenz aller republikanischen Parteien im V. Verwaltungsbezirk (Wilmerdorff) in der Demokraten, Zentrum, SPD, U.S.P. und K.P.D. vertreten waren, hat beschlossen, zu beantragen, daß die Königsallee in Brunenwald, in der der Reichsminister Rathenau den monarchistischen Mordern zum Opfer gefallen ist, künftig Rathenauallee heißen soll. Außerdem soll an der Nordseite ein Gedenkstein für den Ermordeten errichtet werden.

Als der Wagen anhält, wurde Garbislander aus seinen Sinnen gerissen. Er sah den vertrauten Umriß des Hotelingangs vor sich, und ein Boy öffnete den Schlag. Garbislander stieg aus, entlohnte den Kutscher und begab sich langsam in die Halle, betrat hierauf den Lift und fuhr bis zu dem Stockwerk empor, in dem sein Zimmer gelegen war. Dort angelangt, wanderte er vorher eine Weile ruhelos umher und begann sich dann auszuleiden. Das Buch, das er zur Hand nahm, mußte er alsbald zuklappen, weil ihm der Sinn einer Zeile, trotzdem er sie fünfmal überlesen hatte, nicht klar werden wollte, da die Gedanken, die ihn beschäftigten, keine Ablenkung in eine andere Richtung duldeten. Hierzu kam, daß er seinen Herzschlag stärker als sonst verspürte und alle Anzeichen heftigster Erregung an sich wahrnahm, für die er keine Erklärung zu finden mußte, und die auch nicht weichen wollte, als er die Lampe verloscht hatte.

Lange lag er schlaflos, ins Dunkel starrend, aus dessen weicher Formlosigkeit stets neue Gestalten und Fragen stiegen, die ganz nahe an seinen Bettrand heranschwebten, um dort zu zerfallen und zu zerfließen. Es fruchtete nichts, daß er die Augen aufriß und die Konturen des einen oder des anderen Möbelstückes verantwortlich machte, daß er immer wieder mit dem Handrücken über die brennenden Augen strich, um die Vision zu verschleichen.

Nachdem er weiß Gott wie lange sich derartig gequält und vor allem die Sicherheit gewonnen hatte, daß der Schlaf in dieser Nacht ja doch nicht mehr herbeizuzwingen sein würde, machte er entschlossenen Schritt, verließ das Bett, begann sich anzukleiden, und war entschlossen, Doktor Jordan aufzusuchen, mit dem er über den Gegenstand, der ihn bedrückte und ihm die Abreaktion, deren er unbedingt bedurfte, die nachfolgende Beruhigung sich versprach. Er verließ sein Zimmer und schritt über den im dämmerigen Licht der mattgelb strahlenden Rotlampen liegenden Hotelgang bis vor die Tür, hinter der er Jordan wußte und den er noch wachend anzutreffen hoffte. Eine leise Scheu, anzuklopfen, war rasch überwunden, da der Rest von gesundem Egoismus, der in ihm nach einigen Stunden Schlaf sich sehmte, ihn leise pochen ließ, ohne daß jedoch eine Antwort erfolgt wäre. Entschlossen drückte er die Klinke nieder, worauf die Tür sich öffnete und der Schriftsteller in ein finstres Zimmer trat. Ist er überhaupt noch nicht zu Haus oder schläft er schon?

Auswärtige Straßenbahnfahrtscheine für Berlin.

Die Fahrtscheine der Berliner Straßenbahnen, von denen täglich 1 1/2 Millionen Stück, also jährlich rund 548 000 000 Fahrtscheine, gebraucht werden, sind aufgebraucht und neue konnten wegen des Ausstandes im Berliner Buchdruckgewerbe nicht hergestellt werden. In dieser Lage hat man sich aber zu helfen gewußt: die städtische Verwaltung hat sich an andere Straßenbahnverwaltungen gewandt mit dem Erfolg, daß ihr Breslau, Königsberg i. Pr. und andere zunächst zehn Millionen Stück, die für eine Woche genügen, zur Verfügung gestellt haben. Die Berliner werden danach in den nächsten Tagen auf den hiesigen Straßenbahnen mit auswärtigen Fahrtscheinen fahren, falls nicht der heute beendete Ausstand den ganzen Plan doch überflüssig macht. Die Sammler von Straßenbahnfahrtscheinen - auch solche gibt es - werden aber in den nächsten Tagen in lieberhafter Erwartung sein.

Neue Flugpostmarken.

In den nächsten Tagen erscheinen neue Flugpostmarken zu 25 Pf., 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf. und 80 Pf. in anderer Ausführung als die ersten, im Jahre 1919 herausgegebenen Flugpostmarken zu 10 und 40 Pf. Mitte Juli folgt eine weitere Reihe von Flugpostmarken in den Werten zu 1, 2, 3 und 5 M. Die Marken sind für Flugpostsendungen bestimmt und dienen zu ihrer vollständigen Freimachung für sich allein oder als Zusatzmarken zu den gewöhnlichen Freimarken. Die Verwendung von Flugpostmarken für Flugpostsendungen empfiehlt sich, um diese Sendungen vor anderen besser kennlich zu machen. Flugpostmarken sind bei den Postanstalten in den Flugorten und bei einer größeren Anzahl anderer Postanstalten erhältlich. Postanstalten, die keine Flugpostmarken führen, vermitteln auf Wunsch den Bezug der Marken. Sicherem Vernehmen nach sollen künftig Flugpostmarken in Pfennigwerten nur noch zum Betrage von 25 und 50 Pf. hergestellt werden.

Erhöhung der Eisenbahn-Verrentenrate. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben der Reichsbahn und das ständige Sinken des Geldwertes ist eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Fahrpreise zum 1. Oktober d. J. um etwa 50 Prozent in Aussicht genommen.

Das Potsdamer Schützenfest verboten. Durch Ministerialerlaß ist das Potsdamer Schützenfest verboten worden. Weder das Königlich-preussische noch der sächsische Schützenball dürfen stattfinden. Auch das Bogelschießen hat zu unterbleiben. Somit verlief heute das Potsdamer Schützenfest ohne Schuß und Knall. Nur die Kummelbuden waren von dem Einfluß übrig geblieben.

Ein öffentliches Volkskonzert gibt der Männerchor "Fichte-Georgina 1878" (M. d. V. u. S. V.) am Freitag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, auf dem Spielplatz am Teich im Friedrichshain.

Strandkonzert im Freibade Müggelsee. Sonntag, 16. Juli, findet im Familienbade des Freibades Müggelsee ein großes Strandkonzert statt. Der aus diesem Konzert zu erzielende Ueberschuß soll zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere zur Verbesserung der Badeeinrichtungen Verwendungs finden. Das Bad ist auf schönen Waldwegen vom Bahnhof Friedrichshagen oder Rahnsdorf bequem zu erreichen.

Barität Wien-Berlin. Als unbestreitbar beste Kräfte können die beiden phänomenalen Steigenkathoden Anna und Fischl, sowie die Salons-Quintetten A. und B. Roberts gelten. Ihnen nahe kommen die 3 Klubs, die Erstarrtes leisten. Mit Liliens keine Handescher zeigte eine vorzügliche Dressur. Am Schnellreihen fand Heitz D. Boh berechneten Beisatz. Erwähnt seien noch der ausgezeichnete Gesangs- und Tanzchor Bruno Müller, der Orchester-Komiker Komahn, der lustige Pantomime Scharrl, der unglücklich viele Instrumente bedient. Das ganze Programm zeigt eine äußerst geschmackvolle Linie und stellt eine Anzahl Kräfte heraus, die durchaus erstklassig sind.

Eine zweite Minenexplosion.

Neun Tote und zehn Verletzte.

Die merkwürdige Tatsache, daß oft an eine gewaltige Katastrophe (Erdbeben, Feuersbrünste usw.) sich bald darauf eine zweite anschließt, ein Phänomen, das unter dem Namen "Dubbilität der Ereignisse" bekannt ist, scheint sich auch bei der furchtbaren Minenexplosion in Groden bei Cuxhaven wieder einzustellen. Wie aus Hamburg gemeldet wird, hat sich in der Minenverlegungsanlage der Gesellschaft zur Verwertung von Herresgut in Zwoedorf bei Bolkenburg an der Elbe eine schwere Explosionskatastrophe ereignet, die die Anlage vollkommen zerstörte. Es sind neun Tote und zehn Verletzte zu beklagen. Der entstandene Sachschaden trifft allein die Verwertungsgesellschaft. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt.

dachte Garbislander, tat einen Schritt und stieß gegen etwas Hartes, so daß ein heftiges Geräusch aufstog, worauf ein Laut antwortete, der aus dem Dunkel kam und der halb Schrei, halb Frage und Drohung war.

Nach in späteren Jahren pflegte Doktor Jordan aus dem Traum zu rufen, wenn die Erinnerung an jene Nacht wieder einmal in seinen Schlaf sich schlich, in der er, erwachend, das Geräusch von Schritten vernehmend, den Atem anhaltend, einen Schuh, der offenbar an einem menschlichen Fuß sah, gegen ein Möbelstück stoßen hörte, lange Zeit nicht Kraft und Mut besaß, die Lampe anzufachen, da er davor sich fürchtete, den Mann, der, um ihn zu ermorden, offenbar sich eingeschlichen hatte, in voller Beleuchtung vor sich zu sehen.

"Wer . . . ist's?" fragte er endlich mit zitternder Stimme.

"Ich bin's . . ." antwortete Garbislander.

"Wer ist das?"

"Klaus Garbislander . . ."

"Sind Sie toll geworden?" Der Ton, vor einer Sekunde noch jaghaft und zu gesträubtem Kopfschütteln passend, das man zwar nicht sehen konnte, hatte sich mit einemmal verändert und schien von aller Furcht verlassen.

"Sie müssen entschuldigen, lieber Doktor."

"Wie sind Sie denn überhaupt hereingekommen?" . . .

"Durch die Tür, ganz einfach."

"Die ich wieder einmal abzuriegeln vergessen habe! Da muß ich demnach Gott danken, daß nur Sie erschienen sind und kein Nordbube sich eingeschlichen hat . . ."

"Wollen Sie nicht doch lieber Licht machen? Die Finsternis ist so ungemütlich . . ."

In der nächsten Sekunde war das Zimmer von einer sanften Helligkeit durchwärmt. Der Arzt sah, blinzeln, aufrecht im Bett. "Was ist Ihnen denn überhaupt eingefallen, mich mir nichts dir nichts aus dem Schlaf zu reißen? Wissen Sie denn überhaupt, wie spät es ist? Halb drei Uhr!"

"Daraus können Sie ersehen, wie lange ich wach gelegen habe, lieber Doktor! Schlaflos, traumlos."

"Weshalb sind Sie denn nicht schon früher zu mir gekommen? Ich hätte Ihnen ein Schlafmittel gegeben!"

"Wenn mir aber gar nicht darum zu tun gewesen ist, zu schlafen?"

"Das verstehe ich nicht."

"Ich bin dagelegen und habe nachgedacht."

(Fortsetzung folgt.)

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

51]

Je länger, je liebevoller ich die Konstruktion verfolgte, desto mehr gewinnt es an Wahrscheinlichkeit, daß auch der Debraudant dem gleichen Verführer ins Garn gegangen ist. Allerdings wäre es nötig, ehe ich mich zu solcher Annahme bequeme, den Charakter des Verführers einigermaßen zu kennen, müßte ich um das Bild seiner Menschlichkeit irgendwie näher Bescheid wissen. Ich habe vorher, als der Präfeldt seinen Namen genannt, nur mit halbem Ohr zugehört und ihn mittlerweile vergessen. Ich bedauere es jetzt, Herrn Ludolin nicht besser um den ungetreuen Bankbeamten befragt zu haben, obgleich er selbst nicht viel mehr gewußt haben kann, da er doch erst fünf Minuten vorher durch ein telephonisches Gespräch, das sich auf die knappsten Daten beschränken mußte, von dem Fall überhaupt Kenntnis erlangt hat. Morgen vormittag wird er Räuber, Genauestes vermuthlich, wissen und vor mir kein Geheimnis besitzen wollen, so daß ich erfahren werde, was ich wünsche.

Zum Entgelt will ich ihm von der sonderbaren Identität von Dichtung und Wahrheit Mitteilung machen, obgleich ich mir sage, daß solche Eröffnung auf ihn, den krassen Rationalisten, nicht allzuviel Eindruck machen dürfte, da Herr Ludolin ein Feind aller Art von Romantik zu sein scheint, was bei einem Polizeioberhaupt allerdings nicht wundernehmen darf.

Betrüblich und leider nicht fortzuleugnend ist allein die dauerliche Tatsache, daß der verführerische Albert Reuß in der an vielerlei Möglichkeiten reichen, phantastischen Kombination keine, auch nicht die allernachvollziehlichste Rolle zu spielen vermag. Wäre er auch in die Fänge des Verführers gefallen, ergäbe das allerdings keine Parallele mehr mit dem Stück, keine Uebereinstimmung mit dem ersten Akt des "Werwolf", der vorläufig noch ohne in die Wirklichkeit überführtes Gegenstück verblieben ist.

Zammerhafte, daß das Gleichnis zum Anfang auch schon sein Ende findet, daß dieser vielmehr überhaupt oder im Augenblick zumindest noch nicht sich finden lassen will, während alles andere in der Folge glatt und tadellos verläuft.

ab 1. Juli 1922.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. Juli 1922 ab im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Table with 2 columns: Category (Postkarten, Briefe, etc.) and Price (M. 0.75, 1.50, etc.).

Table with 2 columns: Category (Rohrpostsendungen, Die Einschreibgebühren, Postfachverkehr, Telegraphengebühren) and Price (M. 1.50, 4.00, etc.).

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen. Briefsendungen, Postanweisungen u. Pakete gelten auch nach dem Saargebiet...

Verkehr mit dem Ausland

Table with 2 columns: Category (Postkarten, Briefe, etc.) and Price (M. 3.50, 6.00, etc.).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand. Nächste Sitzung des Bezirksvorstandes Sonnabend, abends 6 Uhr, im Sekretariat Lindenstr. 3.

- 2. Kreis Tiergarten. Tagesausflug für schulpflichtige Kinder Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag nach der Vogelwiese...

Heute, Donnerstag, den 13. Juli: 134. Wkt. Wch. 3 Uhr abend bei Todung, Restaurant „Zur Kanne“.

Morgen, Freitag, den 14. Juli: 2. Kreis Tiergarten. 7 Uhr Kreisversammlung in den Arminiusbänken.

Bezirksbildungsamt Groß-Berlin. Kellnersitz. Die Aufgabe der Kellnersitzungen ist erfolgt. Allen liegen aus bei allen Abteilungs- und Bildungsausschüssen der Kreise...

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 13. Juli: Baumkuchenverkauf: Jugendheim Ernststr. 16.

Die Junggymnastik-Gruppe bilden hat heute abend in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, einen Vortrag über „Das Verhältnis der Geschlechter“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Krieges Hinterbliebenen, Ostpreussischer Kreis, Sonnabend, den 13. Juli.

Eine Schwerkrankenbesuchenden-Versammlung veranstaltet der Reichsbund der Kriegesbeschädigten...

Arbeitersport.

Zorn- und Sportverein „Nixe“, Berlin. Abrechnung aller Kassen am Donnerstag, den 13. Juli, von 5-8 Uhr in der Geschäftsstelle.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ansehnlich. Geschäft etwas lebhafter. Fische knapp, Geschäft lau. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott. In der Zentralmarkthalle galten am Mittwoch folgende Kleinhandelspreise:

der 7. Männerabteilung bei Meiste, Grünauer Str. 17, abends 8 Uhr.

Abwechslung durch angebotenen Sport. In einem Beitrag: „Das Weltproblem im Beamenport“ von Sportrat Dr. med. Ernstmann...

Sommer-Schwimmfest des freien Schwimmers Kreis (Mitgl. v. Arb.-Lern- und Sportvereine). Am Sonntag, den 16. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Weiter bis Freitag mittags. Überwiegend bewölkt mit geringen Regenschauern und mäßigen nordöstlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. - Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag läge man einem Buchstaben und eine Nummer bei.

Was einen großen Reiz von Mitteilungen kann die Redaktion mit Freuden annehmen, wie hart die Anteilnahme der Bevölkerung an der Durchführung republikanischer Einrichtungen und Gedanken ist.

W. R. 1161. Der Ruberklub „Vorwärts“ nimmt zurzeit keine Mitglieder auf.

W. R. 1161. Wenn Sie sich an den Vorständen des freien Ruberklub, Paul Schlegelmüller, Berlin-Stralow, Friedrichs-Junge-Str. 7.

Börse und Zeitungstreit.

Die bürgerlichen Blätter erscheinen wieder. Weltweit die meisten stellen nun die Vorgänge, die sich in der Zwischenzeit an der Börse ereignet haben, so dar, als seien sie ausschließlich oder mindestens sehr stark durch das Fehlen bürgerlicher Zeitungen herbeigeführt worden.

Es wäre nicht notwendig, auf diese Neuerungen einzugehen, läge hier nicht der Versuch einer Irrführung der öffentlichen Meinung vor, der sich aus dem Privatinteresse der bürgerlichen Verleger erklärt.

Man mag zu dem Buchdruckerstreit stehen, wie man will, das eine steht fest, daß der Abstieg der Markt lange vor dem Buchdruckerstreit, nämlich mit der Ermordung Rathen aus eingeleitet hat.

Nichtig ist, daß die Gerüchte an der Börse niemals so spekulativ hätten ausgebeutet werden können, wenn der große Nachrichtenapparat bürgerlicher Blätter mitgewirkt hätte.

Immerhin, durch sorgfältige Verfolgung aller Börsenvorgänge ist der Nachrichtenapparat der bürgerlichen Presse zur Beeinflussung der Börsenstimmung und selbst zur sachlichen Information der Spekulanten von Wichtigkeit.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig läßt ein klares Urteil nach einer Richtung zu. Hätten nämlich die Unternehmer von vornherein das zugestanden, was jetzt gewährt wurde, so hätte es nicht eine Stunde Streit gegeben.

Advertisement for PLUVIUS verhöhet GROSSFEUER, featuring an image of a person and text about fire insurance.



**Wohnzimmer, dunkel Eiche, mit Co-**  
...  
**Wohnzimmer, dunkel Eiche, mit Co-**  
...  
**Wohnzimmer, dunkel Eiche, mit Co-**  
...

**Musikinstrumente**  
...  
**Musikinstrumente**  
...

**Fahrräder**  
...  
**Fahrräder**  
...

**Kaufgesuche**  
...  
**Kaufgesuche**  
...

**Gefunden/Verloren**  
...  
**Gefunden/Verloren**  
...

**Verschiedenes**  
...  
**Verschiedenes**  
...

**Arbeitsmarkt**  
...  
**Arbeitsmarkt**  
...

**Stellengesuche**  
...  
**Stellengesuche**  
...

**Stellengebote**  
...  
**Stellengebote**  
...

**Kleiner, Einflügel, Verfertiger**  
...  
**Kleiner, Einflügel, Verfertiger**  
...

**Geschäftskäufe**  
...  
**Geschäftskäufe**  
...

**Unterricht**  
...  
**Unterricht**  
...

**Vermietungen**  
...  
**Vermietungen**  
...

**Zimmer**  
...  
**Zimmer**  
...

**Mietgesuche**  
...  
**Mietgesuche**  
...

**Verschiedenes**  
...  
**Verschiedenes**  
...

**Arbeitsmarkt**  
...  
**Arbeitsmarkt**  
...

**Stellengesuche**  
...  
**Stellengesuche**  
...

**Stellengebote**  
...  
**Stellengebote**  
...

**Kleiner, Einflügel, Verfertiger**  
...  
**Kleiner, Einflügel, Verfertiger**  
...

**Geschäftskäufe**  
...  
**Geschäftskäufe**  
...

**Unterricht**  
...  
**Unterricht**  
...

**Vermietungen**  
...  
**Vermietungen**  
...

**Zimmer**  
...  
**Zimmer**  
...

**Mietgesuche**  
...  
**Mietgesuche**  
...

**Verschiedenes**  
...  
**Verschiedenes**  
...

**Arbeitsmarkt**  
...  
**Arbeitsmarkt**  
...

**Stellengesuche**  
...  
**Stellengesuche**  
...

**Stellengebote**  
...  
**Stellengebote**  
...

**Kleiner, Einflügel, Verfertiger**  
...  
**Kleiner, Einflügel, Verfertiger**  
...

**Geschäftskäufe**  
...  
**Geschäftskäufe**  
...

**Unterricht**  
...  
**Unterricht**  
...

**Vermietungen**  
...  
**Vermietungen**  
...

**Zimmer**  
...  
**Zimmer**  
...

**Mietgesuche**  
...  
**Mietgesuche**  
...

**Verschiedenes**  
...  
**Verschiedenes**  
...

**Arbeitsmarkt**  
...  
**Arbeitsmarkt**  
...

**Stellengesuche**  
...  
**Stellengesuche**  
...

**Stellengebote**  
...  
**Stellengebote**  
...

**Anreißer**  
...  
**Anreißer**  
...

**Verkäufer**  
...  
**Verkäufer**  
...

**Fertigmacher**  
...  
**Fertigmacher**  
...

**Autoschlosser**  
...  
**Autoschlosser**  
...

**Junges Mädchen**  
...  
**Junges Mädchen**  
...

**2 tüchtige Stenotypistinnen**  
...  
**2 tüchtige Stenotypistinnen**  
...

**Tüchtige Kontoristinnen**  
...  
**Tüchtige Kontoristinnen**  
...

**Vulkaniseure**  
...  
**Vulkaniseure**  
...

**Schneider**  
...  
**Schneider**  
...

**Brünn Schneider**  
...  
**Brünn Schneider**  
...

**Ingenieur-Techniker**  
...  
**Ingenieur-Techniker**  
...

**Wafelkontrolle**  
...  
**Wafelkontrolle**  
...

**Perfekte Musternäherin**  
...  
**Perfekte Musternäherin**  
...

**Arbeitsstufen**  
...  
**Arbeitsstufen**  
...

**Fakturistinnen**  
...  
**Fakturistinnen**  
...

**Wir suchen:**  
...  
**Wir suchen:**  
...

**2 Dieselmaschinen**  
...  
**2 Dieselmaschinen**  
...

**zünftiger und -stoffer**  
...  
**zünftiger und -stoffer**  
...

**Einrichter**  
...  
**Einrichter**  
...

**Buchhalter**  
...  
**Buchhalter**  
...

**Hausdiener**  
...  
**Hausdiener**  
...

**Wahlzettel**  
...  
**Wahlzettel**  
...

**Lehn- u. Anrechnungsbeamter**  
...  
**Lehn- u. Anrechnungsbeamter**  
...

**Leinwandfabrik**  
...  
**Leinwandfabrik**  
...

aber nicht auf einen Widerstand der bayerischen Polizei zurückzuführen. Über aus dieser Angelegenheit ergebe sich die Notwendigkeit, das Reichsstrafgesetzbuch alsbald zu verabschieden. Wenn die Kopisten nicht so verfolgt worden sind, was die Arbeiterklasse wünscht, so liegt das nicht am Verhalten des Reichsanwalts, sondern an der zu engen Fassung des Begriffs „Führer“ im Amnestiegesetz. Der Oberreichsanwalt steht bewußt auf dem Boden der Republik und verdient Vertrauen.

Abg. Bess (Str.) befürwortete einen Antrag seiner Partei, den Staatsgerichtshof aus drei Reichsgerichtsräten und sechs Laienrichtern zusammenzusetzen.

Abg. Wissel (Soc.) tritt für den Ausschufsantrag, zwei Richter und fünf Laien, ein. In den Urteilen des Staatsgerichtshofes müsse dem Volksempfinden Rechnung getragen werden.

Die bayerische Regierung habe gar keinen Anlaß, sich gegen Sondergerichte zu wenden. Die Regierung dürfe in einem Geheimverbot sogar Sondergerichte vorsehen, deren Richter nur von ihr ernannt werden sollten. Der Redner wendet sich dann sehr heftig gegen einen Artikel der „Tägl. Rundschau“, der den Rathenau-Ruch in einer Weise bespricht, die von der Dinten mit Entschiedenheit abgelehnt werden muß.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) empfiehlt einen Zusatzantrag seiner Fraktion, der das Recht zur Ablehnung von Richtern stillt.

Abg. Barth (Nat.) beschloß sich mit der gestrigen Rede des Reichsanwalts und bedauert, daß der erste Beamte des Staates sich auf das Niveau der Bierbankpolitik (1) herunterbegeben hat. (Die Linke erwidert diese deutsch-nationale Provokation mit fortwährenden Schlußrufen, während der Vizepräsident Dr. Richter den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung ruft.) Abg. Barth schließt mit der Erklärung, daß seine Partei wegen der Bestimmungen über den Staatsgerichtshof das ganze Gesetz ablehnen werde.

Von den Abänderungsanträgen werden angenommen der Antrag des Zentrums und der Demokraten, den Staatsgerichtshof aus drei Berufs- und sechs Laienrichtern bestehen zu lassen, und der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Sicherstellung von Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen. Mit diesen Änderungen wird der § 5 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Der § 6 über die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs wird mit einem Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, der die Handlungen gegen Mitglieder einer früheren republikanischen Regierung treffen will, soweit diese Taten ausschließlich gegen die verfassungsmäßige republikanische Staatsform eines Landes, die Mitglieder einer im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung eines Landes oder gegen Landesfarben gerichtet sind.

Bei § 7 (verbotene Vereinigungen) wendet sich

Abg. Semler (Dnat.) gegen das Verbot von Versammlungen, Aufzügen und Kundgebungen wegen der dort zutage tretenden Gefährdung. Die Deutschnationalen werden sich durch kein Gesetz abhalten lassen, ihre Ansichten offen und frei auszusprechen.

#### Reichsminister des Innern Dr. Köster

erklärt gegenüber Angriffen des Abg. Semler, daß die Verordnung des Reichspräsidenten mit dem Willen der Mehrheit des Reichstages so aufgestellt worden ist, daß der Reichsminister des Innern kein Recht hat, in die Hoheit der Länder einzugreifen. Ebenfalls kann Beschwerde beim Reichsministerium des Innern geführt werden.

Nach längerer Debatte wird der § 7 unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschlußfassung angenommen.

Zu § 8 begründet Abg. Vogel-Franzen (Soc.) einen sozialdemokratischen Antrag, der neben den Landeszentralbehörden auch dem Reichsminister des Innern die Zuständigkeit für Vereinigungsverbote zuweist.

§ 8 wird unverändert angenommen, ebenso die §§ 9a und 9. Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wird gegen die sozialistischen Stimmen folgender neuer § 9a eingefügt: „Mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu 1 Million Mark erkannt werden kann, wird bestraft, wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder Gewaltandrohung oder auf andere Weise (prengt) oder sonst ihre Abhaltung verhindert, dazu Beihilfe leistet oder solche Taten belohnt oder den Täter oder Teilnehmer begünstigt (§ 257 des Strafgesetzbuchs). Auch die §§ 10 und 11 werden in der Ausschlußfassung angenommen.“

Die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei beantragen die Schaffung eines § 11a, der besagt, daß, wenn die Beschlagnahme aufgehoben wird, den durch die Beschlagnahme oder das Verbot Geschädigten ein Schadenersatzanspruch gegen den zuständigen Landesstatist zusteht, welcher im ordentlichen Rechtswege zu verfolgen ist.

Dem Abg. Gremer (D. Sp.), der diesen Antrag begründet, erwidert Abg. Solmann (Soc.), daß er am wenigsten Veranlassung habe, für eine Bestimmung einzutreten, da er während des Krieges als Zensur des 7. Armeekorps alles verbot, was ihm nicht paßte, ohne bei ungerechten Beschlagnahmen von Entschädigung zu sprechen.

Der Antrag wird abgelehnt. § 12 findet in der Ausschlußfassung Annahme.

Beim Abschnitt „Mitglieder vormals landesherrlicher Familien“ beantragt Frau Abg. Büßel (Soc.) den § 13 der Regierungsvorlage wiederherzustellen und einen § 14a einzufügen, der den Mitgliedern vormals landesherrlicher Familien für die Dauer von 25 Jahren das Recht nehmen soll, als Reichspräsidenten, Staatspräsidenten, als Mitglieder der Reichsregierung oder einer Landesregierung gewählt oder bestellt zu werden. Für die gleiche Zeit sollen sie auch von der Einweisung in die republikanische Wehrmacht ausgeschlossen sein.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) beantragt, es bei der Streichung des § 13 durch den Ausschuß zu lassen und auch den § 14 zu streichen.

Abg. Kocnen (Komm.) bekämpft diesen Antrag. Reichsminister des Innern Dr. Köster erklärt, daß weder Angst noch Gefährdung der Sache den § 14 diktiert haben. Es handle sich nicht um Heimatslosigkeit und Verbannung, sondern darum, unserem Volke ein möglichst großes Quantum Ruhe zu verschaffen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird dieser Abschnitt in der Ausschlußfassung angenommen.

Das Gesetz tritt nach Ablauf von fünf Jahren außer Kraft.

Abg. Wpers (Wesse) gibt eine Erklärung ab, die besagt, daß seine Freunde gegen das Gesetz stimmen werden, da es nicht zur Beruhigung beitrage.

Die Schlußabstimmung erfolgt in dritter Lesung. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Interpellation Hergt über die Straßendemonstration. Kleine Vorlage. Gesetz über den Nationalfeiertag, Arbeitsnachweisgesetz.) Schluß 11 Uhr.

Verpöbete Veröffentlichung wichtiger Verbote. Der „Preußische Staatsanzeiger“, der mit den Berliner Zeitungen jetzt wieder zum erstenmal erschienen ist, enthält u. a. die Aufhebung des Verbandes nationalgefinnter Soldaten, des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und des Bundes der Aufrechten. Das Verbot ist bekanntlich auf Grund der Verordnung zum Schutz der Republik vom 26. Juni 1922 erfolgt. Damit sind die bereits vor einigen Tagen erlassenen Verbote des preussischen Innenministers Severing rechtskräftig geworden.

Die belgische Sektion der Interparlamentarischen Union schreibe mit 50 gegen 41 Stimmen eine Beteiligung an der Wiener Konferenz ab. Banderwilde erklärte daraufhin, daß die Sozialisten aus der Gruppe austreten. Ergänzend wird dazu gemeldet, daß die Sozialisten die Absicht haben, eine besondere Sektion zu bilden und nach Wien zu gehen.

# Truppenansammlung der Verschwörer.

## Unter sozialpolitischer Maske.

Die beschlagnahmten Schriftstücke, die anlässlich der Ermordung Rathenaus und der anschließenden Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern rechtsgerichteter Verbände gefunden wurden, zeichnen sich durch eine bewundernswerte Vielseitigkeit in bezug auf die Art der Taktik bzw. der Verwirklichung umfänglicher Ziele aus. Der „Soc. Parlamentsdienst“ ist in der Lage, von einem Schriftstück Kenntnis zu geben, das bei einem Mitglied des Verbandes nationalgefinnter Soldaten gefunden wurde und eine Bestätigung des Zusammenwirkens zwischen russischen und deutschen Monarchisten liefert. Das Schriftstück sollte „streng geheim“ gehalten und „nach Kenntnisnahme verbrannt“ werden. Der Text des Rundschreibens, den wir nachfolgend wiedergeben, ist nur an einzelnen unwesentlichen Stellen geringfügig gekürzt:

Geheim. Persönlich. Berlin, den 22. August 1921. Durch Boien. B. 30, Berchtesgadenstr. 38.

Nach Kenntnisnahme sofort verbrennen.

1. Herrn Feldwebellieutenant Franzen, Staatsanwaltschaft Bonn.
2. Herrn Dr. Straß, Goethestr. 13, Bonn.

Lieber Herr Doktor und lieber Herr Franzen!

Best heute bin ich in der Lage, Ihnen durch persönlichen Boten dies Schreiben in ungeschminkter Form zukommen zu lassen, dessen Inhalt ich Ihnen schon vor einigen Tagen in, wegen der französischen Zensur, ausgedehnter und rätselhafter Form bereits in vier Briefen an Dr. Straß und einen an Franzen schickte. Ich hoffe, daß diese insgesamt fünf Briefe richtig in Ihre Hände gekommen sind und bitte Sie, mir zu meiner Beruhigung Mitteilung davon zu machen.

Wenn auch natürlich eine Zeitangabe über politische Dinge immer unmöglich sein wird, so glaube ich doch, daß es an der Zeit ist,

ich für kommende politische Umwälzungen bereit zu halten.

Es ist selbstverständlich für mich, daß ich nicht zurückstehen werde, wenn es wieder losgeht, nach irgendeiner Seite hin. Da habe ich es für mich für das Angenehmste und für die Sache als das Beste gehalten, wenn ich mich an meine alten Kriegsgenossen wende und mit ihnen zusammen so gut oder so schlecht, wie es eben geht, Vorbereitungen treffe für die Zukunft.

Im wesentlichen gelten die Sätze über meine politischen Ansichten auch heute eben noch wie 1919, als ich mich bei der Klerikalkämpfung der Revolution im Januar und März in Berlin betätigte. Im allgemeinen halte ich mich an die Kreise des Grafen Krentzow, meine Bestrebungen sollen nicht ein Konkurrenzarbeiten mit der Orde oder ähnlichen Verbänden sein, sondern diese Arbeiten unterstützen. Wenn ich meinerseits

zum Werben von Mannschaften aufrufe,

so glaube ich, daß ich einmal der Sache diene, indem ich mit meinen Bekannten in Verbindung trete. Das Werben der Orde und ähnlicher Verbände dient ja dazu, die nationalen Volksmassen für irgendwelche nationalen Kämpfe bereit zu halten. Ich selbst habe folgendes im Auge: Ich halte vorläufig einen Kampf Deutschlands gegen einen äußeren Feind, zu dem wohl in jedem Falle Frankreich hinzutreten würde, nicht für durchführbar, solange Deutschland allein ist. Ich glaube vielmehr, daß ein solcher Kampf erst möglich ist, wenn in Rußland wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind, d. h. wenn dort nicht etwa die sozialistischen Kreise — diese sind französischfreundlich —, sondern die monarchistischen Kreise — diese sind absolut deutschfreundlich — zur Herrschaft gelangt sind. Mit diesen monarchistisch gesinnten russischen Kreisen stehe ich in enger Verbindung. Ich glaube, daß es für unsere Heimat von besonderem Vorteil wäre, wenn wir mit allen Mitteln eine Zusammenarbeit mit diesen monarchistischen russischen Kreisen versuchen und sie in jeder Form unterstützen und ihnen helfen, in Rußland wieder zur Macht zu gelangen. Dieselben Bestrebungen verfolgen meine politischen Freunde. Ich habe mich mit einem der russischen Führer, dem

Zürker Aivaloff-Bermont,

in engster Verbindung setze, der schon im Baltikum mit uns Deutschen zusammen gekämpft hat, siehe Eiserne Division, Major Wlischoff, Graf v. d. Solg. Unsere Hoffnung ist nun, daß wir gelegentlich mit militärischer Hilfe diese Leute in Rußland zur Herrschaft bringen werden. Ob und wann das sein wird, können wir nicht sagen, doch glaubt man, daß die Möglichkeit besteht, daß die Zeit für ein aktives Eingreifen in Rußland nicht mehr allzu fern ist. Für diesen Fall nun will ich den Fürsten Aivaloff-Bermont zunächst, wenn ein anderer russischer Führer bestimmt werden sollte, dann diesen aktiv militärisch unterstützen, vorausgesetzt, daß dann noch ähnliche politische Voraussetzungen bestehen wie heute und eine solche Verwendung meiner eigenen Person, besonders aber der meiner Kameraden, im nationalen Interesse liegt und von meinen Parteigenossen gebilligt wird. Das ist der Grund, warum ich für meine Person eine Sonderwerbung vornehme und von den Geworbenen verlange, daß sie sich

mit einem Kampfe im Nordosten Deutschlands bereit

erklären. Sollten anderweitige politische Verhältnisse es nötig erscheinen lassen, so ist es selbstverständlich, daß ich von diesem Spezialzweck absehe und mich dem allgemeinen Interesse unterordnen werde.

In meinem vielleicht etwas rätselhaften Brief an Straß habe ich den Vorgang der Werbung besprochen, allerdings in der Zeit der Vergangenheit und nicht, wie es heißen müßte, in der Zeit der Zukunft. Ich werde auch in Zukunft alle Briefe so halten, als ob sie sich auf das Werden in der Revolutionszeit in geschichtlichen Interesse beziehen. Ferner ist bei allen Briefen zu beachten, daß Sätze, die mit also anfangen und mit nicht aufhören, als nicht vorhanden anzusehen oder im gegenteiligen Sinne aufzufassen sind. Die meisten Briefe werden außerdem noch allgemeine Bemerkungen über geschichtliche Dinge enthalten, um die Briefe der Zensur gegenüber harmlos erscheinen zu lassen. Wie meine Briefe sind grundsätzlich so schnell wie möglich zu verbrennen, wie überhaupt alle schriftlichen Aufzeichnungen zu vermeiden sind. Um dem Ganzen

nach außen hin einen harmlosen Anschein

zu geben und jederzeit eine Vertheidigung zur Hand zu haben, mache ich folgenden Vorschlag:

Keine augenblickliche Tätigkeit neben der politisch-militärischen ist diese, ich bin von Herrn Oberst v. Diebitz in Königsberg mit der Organisation einer Sammlung und mit der Propaganda für die Kriegsgeschädigtenwerkstätten beauftragt worden. Diese Tätigkeit ist absolut parteilos und lediglich eine Wohlwolligkeitsangelegenheit. Die Erlaubnis dazu habe ich von den zuständigen Behörden, als da sind: Polizei, Arbeitsministerium und Wohlfahrtsministerium. Zum Zeichen dafür, daß auch hochstehende Persönlichkeiten sich damit befassen, lege ich eine Abschrift von Gutachten solcher Persönlichkeiten bei. Zur Erklärung lege ich noch eine Denkschrift bei, ebenfalls einige Aufrufe, wie wir sie hier verwenden. Es wäre nun zweckmäßig, wenn Sie

offiziell die Werbung von Mannschaften unter dem Deckmantel

vornähmen, kennen wir deswegen zweckmäßig das ganze Invalidenverein. Wenn dabei zufällig auch für die Sammlung

der Kriegsgeschädigtenwerkstätten ein Nutzen abfließt, so ist das durchaus kein Schaden, sondern durchaus zu begrüßen. Das soll aber nicht die Hauptsache sein, sondern mir ist für Sie die Werbung die Hauptsache.

Sie zu dieser Werbung selbst.

Es ist in folgender Art vorzunehmen: Zunächst müssen Vertrauensleute ausgewählt werden, absolute Zuverlässigkeit, nationaler Charakter, einige Kenntnis ist hier Vorbedingung zum Erfolge und unerlässlich. Lebensalter, Gesundheitszustand, Berufstellung ist gleichgültig. Ebenso gleichgültig ist es, ob diese Vertrauensleute im entscheidenden Moment wirklich mitmachen oder nicht.

Jeder Vertrauensmann hat circa 100 Leute zusammen.

Diese bilden einen Zug. Mit Hilfe des Vertrauensmannes wird aus ihrer Mitte der Zugführer für den Ernstfall bestimmt, der ein energischer, erfahrener ganzer Mann sein muß; so ist gleichzeitig das Vertrauensverhältnis zwischen Mannschaften und Führer gewahrt, da sie sich gegenseitig kennen. Die Auswahl der Vertrauensleute darf nur so geschehen, daß immer drei vorhandene Vertrauensleute einen neuen wählen, den sie absolut kennen. Als Ausnahmefall bestimmen die beiden den dritten Vertrauensmann, damit die ersten drei vorhanden sind, und dann die weitere Wahl, wie angegeben erfolgen kann. Die Vertrauensleute haben nichts weiter zu tun, als ihre hundert Leute zusammenzurufen, sämtliche ihre Anschriften zu wissen und dafür zu sorgen, daß die Zahl immer einigermaßen voll ist. Es muß vermieden werden, daß beim tatsächlichen Aufruf nur 50 Proz. kommen.

Unsichere Kantonslisten sind wegzulassen.

Je genauer und besser die Auswahl, um so sicherer der Erfolg. Die Beschaffenheit der Leute macht es, nicht nur allein die Zahl. Je mehr Vertrauensleute, um so schneller der Erfolg. Die Vertrauensleute sollen sich Zeit nehmen. Ich brauche keine Listen der Mannschaften zu erhalten. Sie beide würden zweckmäßig die Anschriften der Vertrauensleute sammeln und mir jede Woche über den Stand berichten. Etwa so:

Herr (folgt Anschrift) hat gesammelt Markt 12 (in Buchstaben...)

Herr (folgt Anschrift) hat gesammelt Markt 36 (in Buchstaben...)

Die Zahlen in Markt bedeuten die Zahl in Mannschaften

und zwar der bei dem jeweiligen genannten Vertrauensmann im ganzen verfügbaren Mannschaften, nicht die Zahl, die in jeder Woche neu gesammelt ist. Damit ist eine unauffällige Benachrichtigung meinerseits gewährleistet. Jeder nicht Eingeweihte wird an die Sammlung glauben.

So wie Sie beide im Rheinland werden und bei unseren alten Kameraden — ich stelle mir vor, daß die meisten lieber als Vertrauensleute zu gebrauchen sein werden —, so werde ich hier in Berlin. Ich denke, wir müßten auf diese Weise

eine nationale Wehrmacht zusammenschließen.

Ich hoffe, daß ich in etwa acht Wochen Gelegenheit finden werde, auch einmal nach Bonn zu kommen, ich werde Sie dann aufsuchen, und wir können noch weiteres näher besprechen. Die Anschriften der einzelnen Vertrauensleute müssen mir zugesandt werden; ob der Aufruf zur Zeit jetzt bald oder erst in einem Jahre erfolgen wird, können wir vorläufig nicht irgendwie vorher sagen. Der Aufruf geschieht meinerseits 1. in vorbereitender Form durch das

Schlüsselwort: „Herzlichen Glückwunsch“

im geschlossenen Brief; dies bedeutet, daß wahrscheinlich innerhalb der nächsten Tage der Aufruf erfolgen wird. Im Anschluß daran wird durch Boten die nähere Weisung über Zusammentritt usw., Marschzeit mitgeteilt werden.

Die einzelnen geworbenen Mannschaften brauchen keine Vorbereitungen zu treffen, sie sollen nur lediglich bereit sein, wenn es zum Aufruf kommt, mitzumachen, weiter nichts. Wenn jemand Ausrüstung oder Waffen mitzubringen in der Lage ist, so ist das natürlich erwünscht, doch glaube ich, daß das die wenigsten in der Lage sein werden. Ueber die weiteren Vorgänge nach dem Zusammentritt möchte ich mich vorläufig nicht aussprechen, zumal etwa getroffene Vorbereitungen zu leicht wieder umgestoßen werden können.

Bei der Vornahme der Werbung bitte ich, folgende Punkte besonders zu beachten:

Größte Vorsicht bei Auswahl der Leute,

jeden nur einzeln und unter vier Augen vornehmen, damit einem etwaigen Spitzel gegenüber abgeleugnet werden kann, möglichst gar keine Einzelheiten über politische Dinge, es genügt, wenn die Leute erfahren, daß sie lediglich für nationale Zwecke Verwendung finden sollen, und daß sie auch zum Kampfe außerhalb der üblichen Grenzen Deutschlands bereit sein müssen. Den angeworbenen Mannschaften darf außer ihrem Vertrauensmann keine Persönlichkeit und kein Führer bekannt sein, lediglich die Vertrauensleute können etwas näher eingeweiht werden. Denken Sie alle stets, daß Unvorsichtigkeit viel mehr Schaden errichtet, als wochenlang Arbeit ruhen bringt. Um Ihnen einen Ueberblick zu geben über das, was ich für den Anfang Ihrer Arbeit für richtig halten würde, möchte ich Ihnen sagen, daß Sie zunächst einmal vielleicht 30 bis 40 Vertrauensleute aufstellen, von dem Standpunkte ausgehend, daß 3 Vertrauensleute gleich 3 Bunde eine Kompanie bilden, demnach 12 Vertrauensleute gleich 4 Kompanien ein Bataillon bilden, würde ich diese Zahl vorziehen, und haben Sie so ein Regiment bei 36 Vertrauensleuten, falls jeder Vertrauensmann 100 Mann wirbt. Vorläufig gehen Sie nicht über die Zahl von 36 Vertrauensleuten hinaus. Selbstverständlich kann dies nicht in Bonn allein geschehen, sondern Sie werden

die ganzen alten 216er,

soweit sie Ihnen bekannt sind, auch außerhalb Bonns heranziehen müssen. Ich will Sie nicht auf die Zahlen festsetzen, sondern möchte Ihnen nur kurz ein Bild geben, mit welchem Maßstabe Sie arbeiten müssen. Im Anfang wird es natürlich zu viel geringer sein und sind eben keine Richtlinien zu geben. Zu beachten ist nur noch: nicht warten mit der Aufstellung eines neuen Vertrauensmannes, bis die vorhandenen ihre Zahl voll haben, das würde viel zu lange dauern. Wir müssen sehen, daß wir in etwa 5 bis 6 Wochen zu einem gewissen Ergebnis gekommen sind.

Für heute will ich nichts mehr mitteilen, das weitere bei nächster Gelegenheit. Ich erwarte natürlich mit Spannung Ihre Antwort. Bis dahin kameradschaftliche Grüße Ihnen und allen alten Bekannten. Lieber, Hauptmann a. D.

Berlin B. 30, Berchtesgadenstr. 38.

## Begünstigung der Mordbuben.

Berlin, 12. Juli (Antische Meldung). Nach Feststellungen der Berliner politischen Polizei haben sich die beiden noch nicht ergriffenen Mörder des Ministers Rathenau in der Zeit nach dem Mord in den verschiedenen Orten bei ehemaligen Kameraden oder Bekanntheitskreisen verborgen gehalten. Es ist damit zu rechnen, daß sie auch weiterhin versuchen werden, im Kreise ihrer Anhänger unter Schutz zu finden. Eine solche Schutzgewährung ebenso wie jede sonstige Unterstützung bedeutet eine Verhinderung im Sinne des Strafgesetzbuchs und zieht schwere Freiheitsstrafe nach sich. Es wird daher dringend davor gewarnt, den flüchtigen Mördern irgendwelchen Beistand zu leisten. In den letzten Tagen hat die Berliner Polizei bereits mehrere Personen festgenommen, die sich wegen solcher Begünstigung vor dem Strafgericht zu verantworten haben werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Lage im Ruhrbergbau.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Am Dienstag begannen in Essen unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers die von ihm veranlaßten neuerlichen Beratungen zwischen den Gewerkschaften und den Bergarbeiterorganisationen. Es handelt sich dabei in erster Linie um den Manteltarif, der nach früheren vergeblichen Einigungsverhandlungen im Mai durch einen Schiedsspruch zustande gekommen war. Diesen Schiedsspruch hatten die Beteiligten nicht angenommen. Daraufhin waren bereits auf dem Wege der freien Verständigung weitere Verbesserungen im Sinne der Arbeiter erzielt und eine Lohnerhöhung für den Juli durchgeführt worden. Der Streit drehte sich deshalb neuerdings auch nicht um die durchschnittliche Lohnhöhe, sondern vorwiegend um die Art der Lohnfestsetzung und um die Lohntermine.

Im Zusammenhang mit dieser Frage wurden allerdings auch andere Forderungen des Manteltarifs erneut geltend gemacht. In einer Reihe von wichtigen Punkten, die eine wesentliche weitere Verbesserung des Manteltarifs enthalten, ist eine Einigung bereits erzielt worden, in den übrigen, über die heute weiter verhandelt wird, eine Verständigung so nahe gerückt, daß begründete Aussicht besteht, den Frieden im rheinisch-westfälischen Bergbau zu erhalten. Es wird das von den Ergebnissen der Konferenz des alten Bergarbeiterverbandes am Freitag abhängen.

## Wie die Kommunisten agitieren.

Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wird uns geschrieben: In der Nr. 307 der „Roten Fahne“ ist ein Aufruf der kommunistischen Gewerkschaftszentrale veröffentlicht, der die Mitglieder unserer Organisation zu Mitgliederversammlungen aufruft.

Wir möchten hiermit unsere Mitglieder noch einmal darauf aufmerksam machen, daß Mitgliederversammlungen irgendwelcher Art nur von den Organen der Organisation einberufen werden können.

Jedes Einberufen von Versammlungen von einer anderen, der Gesamtorganisation nicht verantwortlichen Stelle verstößt gegen das Statut, gegen die Beschlüsse des erweiterten Beirats sowie der letzten Verbandsgeneralversammlung.

Die Ortsverwaltung.

## Die SPD-Metallarbeiter zur Bevollmächtigtenwahl.

Die SPD-Metallarbeiter nahmen in einer am Dienstag in den Sophienkäfen abgehaltenen Volksversammlung Stellung zu der Frage: Wie soll in Zukunft unsere Verwaltungsstelle geleitet werden?

Der Referent, Kollege Bahn, ging zunächst auf die Tagung des Gewerkschaftskongresses in Leipzig ein. Die Stellungnahme zur Wahl des 1. Bevollmächtigten unserer Verwaltungsstelle muß eine reinliche Scheidung bringen. Soll der Vertreter der Amsterdamer Internationale weiterhin der Hauptfaktor der größten Verwaltungsstelle des DMR sein oder soll der Vertreter der sogenannten Roten Internationale der Hauptfaktor werden? Das letztere kann der Wille der Gewerkschaftsmitglieder, die aus innerster Überzeugung dem DMR angehören, nicht sein. Es ist noch nicht

lange her, als die Funktionäre als „Selbe“ von den Vertretern der Moskauer Roten Internationale beschimpft wurden. Wer die letzten Jahre in unserer Organisation tätig war, weiß, wo die Vertreter jeder gesunden Gewerkschaftsbewegung stehen. Die 21 Punkte Moskaus sind noch in aller Erinnerung. Es kann für uns nur eine Antwort geben: Keine Stimme dem Vertreter der Moskauer Internationale, dem Kollegen Walcher. Wir wollen die Gewerkschaften ausbauen, nicht aber zerstören. SPD-Metallarbeiter und -Arbeiterinnen! Stimmt geschlossen für den Vertreter der Richtung Amsterdam, den Kollegen Otto Zista.

In der Diskussion wurde einhellig den Ausführungen des Kollegen Bahn zugestimmt.

## Lohnkampf der Feilenarbeiter.

Vom Metallarbeiterverband, Branche der Feilenarbeiter, wird uns geschrieben:

Die Feilenarbeiter Groß-Berlins haben seit dem 26. Juni d. J. im Streik um bessere Lohnbedingungen zu erringen. Vier Wochen waren die Verhandlungen mit dem Deutschen Feilenbund, Ortsgruppe Berlin-Brandenburg (der Unternehmerorganisation), ergebnislos verlaufen, da diese nur 10 resp. 20 Proz. für Juni/Juli zu den Malilöhnen zahlen wollten. Der Schlichtungsausschuß läßt in Rücksicht darauf, daß die Allord-Stundenverdienste der Feilenarbeiter ohne irgendwelche sozialen Zulagen circa 16 bis 24 M. betragen, den Spruch, daß ab 1. Juni 15 Proz. und ab 26. Juni 45 Proz. zu den Malilöhnen gezahlt werden sollen. Dieser Spruch wurde von den Arbeitern angenommen, die Unternehmer des Deutschen Feilenbundes lehnten ihn ab.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, hat die Verbindlichkeitsklärung des Spruches beim Demobilisierungskommissar beantragt. Da die Feilenbündunternehmer von ihren Kollegen des Reiches finanzielle und materielle Unterstützung erhalten, eruchen wir die Feilenarbeiter Deutschlands, darauf zu achten, daß fertige Feilen zur Niederringung der streikenden Berliner Feilenarbeiter nicht nach Berlin geschickt werden. Desgleichen eruchen wir um die moralische und finanzielle Unterstützung der gesamten Berliner Metallarbeiter, um den uns aufgedrungenen Kampf mit Erfolg führen zu können.

## Lohnbewegung der Portefeuliker.

Die Buchbinder, Papierarbeiter, Sattler und Portefeuliker nahmen in einer außerordentlichen Versammlung, die am Dienstagabend in der Königsbank taute, Stellung zu dem Resultat der kürzlich in Frankfurt a. M. gepflogenen Lohnverhandlungen. Blume berichtete, daß die Unternehmer grundsätzlich bereit gewesen seien, den Arbeitnehmern entgegenzukommen. Die ursprüngliche Forderung, generell einen Zuschlag von 30 Proz. auf die gegenwärtigen Löhne zu zahlen, hat nicht aufrechterhalten werden können. Die Festlegung der neuen Lohnsätze ist auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erfolgt. Der Spruch des Tarifamts brauchte infolgedessen nicht eingeholt zu werden. Nach der Vereinbarung soll von der mit dem 8. Juli beginnenden Lohnwoche ab ein 17 1/2 Proz. Zuschlag auf sämtliche Zeit- und Allordlöhne gezahlt werden. Der Höchstlohn für einen in der Kleintextilbranche beschäftigten Arbeiter beträgt nach der vorgesehenen Regelung 30,80 M. pro Stunde. Der höchste Stundenlohn für Hilfsarbeiter beträgt 28,60 M., der für Arbeiterinnen 15,85 M. Gebülte Arbeiterinnen im Buchbinder-gewerbe sollen 19,45 M. als Höchstlohn erhalten, selbständige Arbeiterinnen 23 M. Die in Berlin bisher gezahlten Arbeitsprämien fallen in Zukunft weg. Das Referat des Berichtstatters wurde

von der Versammlung außerordentlich feistlich aufgenommen. Die Annahme des neuen Nachtrags zum Reichstarifvertrage wurde als ein Zurückweichen vor dem Unternehmertum bezeichnet. Ein Disfunktionsredner verlangte ein selbständiges Vorgehen der Berliner Kollegen, ein anderer kündigte sogar ein solches eines einzelnen Betriebes an, selbst auf die Gefahr hin, die Gesamtarbeiterchaft der Branche wider ihren Willen in eine Streikbewegung zu reizen. Die große Mehrzahl der Redner aber verurteilte ein solches Vorgehen. Lebhaft wurde auch in dieser Versammlung über den Krebs-schaden der Allordarbeit geklagt. In der angenommenen Resolution heißt es: „Die Kollegen erklären das Ergebnis für ungenügend und fordern die Branchenleitung auf, so schnell wie irgend möglich neue Verhandlungen vor Ablauf des Nachtrages 14 anzubahnen.“

## Achtung! Buchbinder.

Für die Kollegschaft der reinen Buchbinderen, Geschäftsbuch-fabriken und Briefumschlagbetrieben findet die Anzeigung der Streikunterstützung am Freitag im Gewerkschaftshaus, Saal 3, wie folgt statt: Streikartennummer 201-1000, von 8-10 Uhr vormittags; von 1900-2100, von 10-11 1/2 Uhr vormittags; von 2101-2300, von 11 1/2-1 Uhr mittags; von 2301-2500, von 1 bis 2 1/2 Uhr nachmittags; von 4000-4200, von 2 1/2-4 Uhr.

## Gemeinwirtschaftliches Bauen.

In dem Artikel von A. Essinger, der unter obigem Titel in unserer Morgenausgabe vom Montag erschienen ist, haben sich zwei sinnverwandte Druckfehler eingeschlichen. Der Anteil der Aufträge an die sozialen Baubetriebe von den Behörden betrug nicht 9, sondern 30 Prozent. Weiter unten wird dann in Verbindung mit der Steigerung der Baustoffpreise der Anteil der Löhne und der Baustoffe bei einer Wohnung von 70 Quadratmetern Wohnfläche berechnet. Die Steigerung des Anteils der Baustoffpreise beträgt nicht 6, sondern 36 Prozent.

## Fortdauer des Schiffsmaschinen-Streiks.

In einer Hamburger Versammlung der streikenden technischen Schiffsmaschinen wurde mitgeteilt, daß in den deutschen Häfen bisher etwa 800 Dampfer durch den Ausstand stillgelegt seien, von denen 173 auf Hamburg und 33 auf Bremen entfallen. Auch auf ausländische Häfen habe der Kampf übergriffen. Eine Anzahl mittlerer und kleinerer Reedereibetriebe habe den neuen Tarif anerkannt. Der Betrieb sei dort wieder aufgenommen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Schieds-spruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Achtung, Vater! Freitag vormittags 9 Uhr Streikerversammlung in der Bonnerstr. 11, 11. Bezirk. Tagesordnung: Berichthaltung von den streikenden Verhandlungen und Abstimmung über Arbeitsaufnahme oder Weiter-führung des Streiks. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, auch der arbeitenden, an dieser Versammlung teilzunehmen.

SPD-Metallarbeiter, Charlottenburg, 13. Bezirk. Beacht! Bei am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr stattfindender Bezirksversammlung in den Sophien-käfen, Berlin, Ecke Wilmersdorfer Straße. — Der Feilenarbeiter-Verband, Charlottenburg, 13. Bezirk. Beacht! Bei am Donnerstag, den 4-7 Uhr Ausgabe von Flugblättern für die Wahl zur Orts-verwaltung. Abholen Linienstr. 33-35, Arbeitslosensaal. — Der Feilenarbeiter-Verband, Charlottenburg, 13. Bezirk. Beacht! Bei am Donnerstag, den 4-7 Uhr Ausgabe von Flugblättern für die Wahl zur Orts-verwaltung. Abholen Linienstr. 33-35, Arbeitslosensaal. — Der Feilenarbeiter-Verband, Charlottenburg, 13. Bezirk. Beacht! Bei am Donnerstag, den 4-7 Uhr Ausgabe von Flugblättern für die Wahl zur Orts-verwaltung. Abholen Linienstr. 33-35, Arbeitslosensaal.

Deutscher Transportarbeiterverband. Handlöhlarbeiter aus allen Te-teilen der Reichweite! Donnerstag, den 7. Juli im Englischen Hof, Alexanderstr. 27, Branchensammlung.

Beacht! Bei den rethel. Teil: Franz Klubs, Berlin-Niederschleser Str. 27, 13. Bezirk, Berlin. Berlog Hornstraße-Berlog G. m. b. H., Berlin. Prof: Hermann-Bundschuh u. A. Berlin-Südost: Paul Sinner u. Co., Berlin-Bundstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Schmell“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85.  
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr  
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! Achtung!  
Donnerstag, 13. Juli, abends 7 Uhr, im Satal „Zum musikalischen Fuchs“, Jolysstr. 7.

Vertrauensmänner-Konferenz  
der  
Auto-Reparatur-Schlosser Berlin.  
Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage im Monat Juli.  
Erscheinen aller Vertrauensleute ist dringend notwendig.

Achtung! Goldschmiede. Achtung!  
Freitag, den 14. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Branchenversammlung  
aller bei den Goldschmieden be-schäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.  
Tagesordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.  
Es ist unbedingt notwendig, daß alle Kolleginnen und Kollegen pünktlich erscheinen. Die Ortsverwaltung.



D. R. G. M.  
**Allen voran**  
beim Einkauf von  
**Brillanten + Platin**  
Gold- u. Silber-Bruch  
Uhren, Zahngebissen, Ketten, Münzen  
die renommierte Firma  
**Juwelier H. Wiese**  
Artileriestraße 30  
1 Min. v. Wittenbergpl. — Bot. Zoo  
unmittelbar N. He. Kadewe  
handelsger. eingetr. Firma  
Telephon Norden 1036  
Steinplatz 1180/1  
Eigene Schmelze

**EILENDIE**  
**Ich bin**  
**billig**  
**Riesige Vorräte**  
**zu allen Preisen**

**Gummimäntel** Reglanform, hochgeschl. u. m. Stoff, 1150<sup>00</sup>  
in guten Qualitäten, RT. 2600, 2400, 1800, 1500  
**Schlüpfer u. Reglans** hochmodern, aus Domeston, 875<sup>00</sup>  
Stoffen u. . . . RT. 2400, 2000, 1500, 1600, 1400  
**Jodett-Anzüge** a. gut. Stoff, streng mod., in viel. Must., 1150<sup>00</sup>  
2700, 2400, 2200, 2000, 1650, 1400  
**Burschen-Anzüge** in Jodett- und Sportform, aus 675<sup>00</sup>  
nur guten Qualitäten . . . von  
**Hosen** gestreift, außergewöhnlich billig 180<sup>00</sup>  
Spezial-Abteilung: Anfertigung nach Maß  
Anzüge, Schlüpfer, Paletots M. 2500, 3200, 4200

**Hugo Simon**  
Spezialhaus für erstkl. Herrenkleidung  
**133 Charlottenburg 133**  
**Wilmerdorfer Straße**  
an der Bismarckstraße.  
Tafelverblöd.: Glettsche bis Haltestelle Wilmerdorfer Str., Ecke Bismarckstr.

**Zwangsversteigerung.**  
Am Montag, den 17. Juli, vormittags 10 Uhr, werden auf dem Grundstück  
Culshawstr. 1 ein Holten Pumpen, anzu-  
hem ein Bureaugebäude, ein Steinbrunnen  
und ein Holzschuppen zum Abbruch, öffent-  
lich meistbietend gegen Barzahlung ver-  
steigert.  
Für den Abbruch der Gebäude ist ein  
Kilowatt freigegeben, das Material muß  
soweit abgeführt werden.  
Berlin, den 10. Juli 1922.  
Magistrat, Hauptverwaltungs-  
Abteilung IX

**Preuß. Staats-Lotterie**  
empfehle nach Auslosung:  
1/4 M. 31.30, 1/4 M. 65.60, 1/4 M. 124.80,  
1/4 M. 249.60.  
Cudwig Müller, Kaufm., Ost-Str.  
Jerusalemstr. 13.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verw. Berlin  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
unser Kollege, der Feilen-  
**Otto Goepel**, Andreasstr. 61  
am 10. d. M. gestorben ist.  
Ihre feinen Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag,  
den 14. d. M. nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle des Andreas-  
Gemeinde-R. Hofes in Wilhelmshagen  
aus statt. 137/13  
Rege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Ohne Kostenborschuh!**  
Erfindungen  
Neuheiten  
im In- und Ausland.  
Hans Honegger  
69, Friedrichstraße 21.

Gegründet  
im Jahre  
1900  
Fernspr.-Amt  
Pfalzburg  
2805, 7229  
**Autohaus**  
**L. Berkowitz**  
Berlin-  
Wilm. Prager Platz 3 Berlin-  
Wilm.  
Sofort greifbar:  
**Zehn** fabrikneue Wagen, nur  
erstklassige Marken, wie  
Benz, Opel, Protos etc.  
**Zwanzig** erstklassige, wenig gebrauchte  
Garantieobjekte - Zweisitzer,  
Vier- u. Sechssitzer, Mercedes,  
Benz, Opel, Protos, N.A.G.  
Meine Devise seit 22 Jahren ist:  
„Streng fachmännische und reelle Bedienung  
ist die Grundlage meines Geschäfts.“

**Verkaufung.**  
Für die innige Teil-  
nahme bei der Be-  
erdigung meines Lie-  
ben Mannes  
**Onkel Ernst**  
**Lehmann**  
sagt ich allen Freun-  
den und Bekannten  
meinen herzlichsten  
Dank. 54 394  
Herr L. Lehmann  
Ringbahn, Treptow.

**Zwangsversteigerung.**  
Am Montag, den 17.  
Juli 1922, mittags 12  
Uhr, werde ich in der  
Fandamm Berlin,  
Rosa Schöneberger  
Str. 17, bei durch  
Pflanzungsbesitz  
33 M 5637 21 von M.  
Sept. 1921 Anteg-  
richt Charlottenburg  
gepflogenen ange-  
kauften Geschäftsanteil  
der Wicart-Gesell-  
schaft für chemisch-  
technische Erzeugnisse  
m. b. H. in Berlin,  
Dorotheenstr. 19 bzw.  
Linke 25 im Kru-  
betrage von 40000 M.,  
dessen öffentlich Ver-  
kauf durch Bechluss  
des Amtsgerichts  
Charlottenburg 35 M  
5637 21 vom 1. Oktob.  
1921 angeordnet ist.  
Öffentlich meistbietend  
gegen Barzahlung  
versteigern  
Berlin, 7. Juli 1922.  
Odenburg, Gerichts-  
vollzieher in Berlin,  
Rurstraße 35.

**Verichtigung.**  
In der Nr. 303 d.  
Vorwärts v. d. 7. 22  
erschiedenen Anzeige  
„Zwangsversteigerung“  
obig. Versteigerung muß  
es in der 14. Zeile an-  
statt Wicart, Wicart-  
Gesellschaft heißen.

Westfäl. 50, Saba,  
Juno, Most., Salem,  
Pico, Bülowstr. 94 L.  
**Anzugstoffe**  
prima Qualität 3,10  
Meter = 1500 M.  
privat  
Herrn H. Schenkel,  
Wilmerdorfer, Döll-  
dorfer Straße 48, 11.  
Hilfsamt 5201.  
**Die Schwedin**  
die Freitag 14. mit  
dem Hamburg D-Tag  
Belgier Bahngeh-  
trieb und vorher im  
Coupe 2. Kl. mit der  
Dame sprach, die nach  
Dresden wollte, heute  
trunk, ihre Gewisse  
an Kumpenbrannt  
G. Wilm, Götter (D.)  
Ermahnend oben  
Zinie P. (Spanbau)  
Zugbewehr mit Be-  
derunterst (Hagen ge-  
bilig. Hildgathe og-  
Belohn. Charl., Sch-  
magerstr. 301 z. 402